

Sozialdemokratischer Pressedienst

Herausgeber und Chefredakteur:
Erich Müllinghaus, Berlin.
Fernsprecher: Amt Dänhoff 4196/4198



Anschrift für Verlag und Schriftleitung:
Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 6
Druckanschrift: Copadienst

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.

Der Abdruck ist nur auf Grund besonderer Genehmigung gestattet. Abnahme höchstens 4 Bogen vor dem Erscheinungstermin, wenn nicht anders vereinbart ist. Erscheinungsort für beide Teile ist Berlin.

Berlin, den 16. Februar 1932.

Lausanne

Int. Institut
Sec. Geschiedenis
Amsterdam

von Rudolf Breitscheid.

SPD. An sich wäre es aus zahlreichen Gründen sachlich angebracht gewesen und es hätte auch im Sinne der Bestimmungen des Young-Planes und des Basler Berichts gelegen, wenn die Regierungskonferenz über die Reparationen unmittelbar nach den Verhandlungen der Baseler Sachverständigen einberufen worden wäre. Aber bekanntlich sind die Bemühungen, die Konferenz noch Ende Januar stattfinden zu lassen, hauptsächlich an dem Widerstand der französischen Regierung gescheitert, die sich vor den Maiwahlen nicht mit Reparationserörterungen belasten wollte. Inzwischen ist nun ein Einvernehmen zustande gekommen, nach dem sich die beteiligten Regierungen im Juni in Lausanne treffen wollen. Diese Verschiebung bedeutet natürlich eine weitere Verlängerung der internationalen Ungewissheit und Unsicherheit. Aber so beklagenswert das sein mag, so ist doch nicht zu verkennen, dass gewisse Momente vorhanden sind, die das neue Abkommen in einem für Deutschland nicht ganz ungünstigen Lichte erscheinen lassen.

Zunächst war man ja auch im deutschen Kabinett davon überzeugt, dass eine im Januar stattfindende Konferenz zu keinem endgültigen Ergebnis gelangen würde. Man rechnete mit einer Vertagung nach kurzfristigen Beratungen und hatte sich eigentlich schon auf die Fortsetzung und Beendigung der Verhandlungen im Juni eingestellt. Wichtiger aber ist, dass für die Junitagung die Tagesordnung fester umrissen, und dass die Diskussionsbasis erweitert wurde. Es soll Aufgabe der Konferenz sein, "sich über eine dauerhafte Regelung der in dem Bericht der Baseler Sachverständigen aufgeworfenen Fragen und über die Methode zu verständigen, um die anderen wirtschaftlichen und finanziellen Schwierigkeiten zu lösen, die die gegenwärtige Weltkrise verursache haben und sie verlängern könnten".

Nun ist aber der Bericht des Baseler Sonderausschusses wahrhaftig kein Muster an Eindeutigkeit und Präzision. Er ist in seinem allgemeinen Teil und in seinen Schlussfolgerungen ein Kompromiss zwischen den Auffassungen der Gläubiger- und der Schuldnerstaaten. Da er jedem gerecht werden will, bemüht er sich, jedem etwas zu bringen, und die Folge ist, dass vielfach der Nachsatz aufhebt oder zum mindesten einschränkt, was im Vordersatz gesagt worden ist. Aber schliesslich enthält er doch eine Reihe von für Deutschland wertvollen Feststellungen. So die, dass das Ausmass der deutschen Krisis die verhältnismässig kurze Depression übersteigt, die der Young-Plan ins Auge fasst, dass das deutsche Problem in weitem Masse die Ursache für die steigende finanzielle Lähmung der Welt ist, dass die Transferierungen in einem Umfang, der die Zahlungsbilanz erschüttern kann, das augenblickliche Chaos verschärfen usw.

Auch auf diejenigen Tatsachen, die ausser den Reparationen und den internationalen Schuldenzahlungen überhaupt das Wirtschaftsleben störend beeinflussen, wird Bezug genommen, aber es ist doch besonders bemerkenswert, dass in der jetzt zustande gekommenen Einigungsformel ausdrücklich auch diese Tatsachen mit in den Bereich der Erwartungen gezogen werden. Die Konferenz wird

sich demnach nicht auf die Reparationsfrage beschränken, sondern sie soll all die Probleme umfassen, die wie Währungserschütterung, Zollpolitik neben der Verpflichtung, politische Schulden abzutragen, für die ökonomische Zerrüttung der Welt verantwortlich sind. Nun ist es selbstverständlich, dass eine endgiltige Lösung all dieser Fragen nicht von einem Gremium herbeigeführt werden kann, dem nicht die Vertreter aller Länder angehören. Aber immerhin wird es der Konferenz möglich sein, ein gewichtiges und vielleicht ein entscheidendes Wort zu sprechen, das ein Echo bei den anderen findet und den Anstoss zu Beratungen auf breiterer Grundlage bietet.

Kehren wir indes zu dem eigentlichen Reparationsproblem zurück. Es soll, wie es heisst, eine Regelung für die Dauer gesucht werden. Zwischen England und Frankreich hat man lange über die Formel gestritten. Die Engländer wollten die "endgiltige" Regelung, die Franzosen wünschten, dass von einer "vorläufigen" geredet werde. Schliesslich einigte man sich auf die "dauernde" Lösung. Dauernd ist besser als provisorisch, aber allzu viel ist auch mit diesem Worte noch nicht gesagt. Es kommt nicht darauf an, dass ein Zustand dauert, sondern dass er erträglich ist. Auch Dawes- und Young-Plan wurden als dauernd bezeichnet, doch konnten und können die in ihnen enthaltenen Verpflichtungen von Deutschland nicht erfüllt werden. Eine dauernde Regelung, die im Interesse aller läge, wäre nur der vollständige Verzicht auf die Reparationen und auch auf die Ansprüche Amerikas an seine ehemaligen Verbündeten. Das ist der deutsche Standpunkt, der wird ja auch - zum mindesten theoretisch - von England vertreten. Ob er aber im Juni in Lausanne sich durchsetzen wird, ist mehr als zweifelhaft. Schon deshalb, weil bis dahin kaum eine Verständigung zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und ihren Schuldnern erfolgen kann.

Worauf es vor allem ankommt, ist, dass nicht ein Bruch vollzogen wird. Die deutsche Erklärung, wonach wir nicht mehr zahlen können, muss aufrechterhalten werden. Aber wenn zunächst bis zur Einigung mit Amerika ein Moratorium beschlossener würde, das uns von jeder Zahlung vollständig befreite, so wäre auch das ein Schritt nach vorwärts und unter allen Umständen einer "Zerreissung" des Young-Plans vorzuziehen. Es muss alles geschehen, um eine Entscheidung herbeizuführen, auf deren Boden sich alle Beteiligten zusammenfinden können, denn geschieht das nicht, so ist nichts für die Wiederbelebung der Wirtschaft getan.

Sicherlich stehen die Reparationsverpflichtungen als solche der Wiederherstellung der deutschen und der internationalen Wirtschaft in hohem Masse hindernd im Wege. Aber ein ebenso grosses, wenn nicht noch grösseres Hemmnis ist das allgemeine politische Misstrauen, das sich zwischen den Staaten und den Völkern erhoben hat. Die Wiedergewinnung des Vertrauens ist eine der wichtigsten Voraussetzungen einer Besserung, und das Vertrauen kann nur durch Verständigung herbeigeführt werden. Daraus ergibt sich dann aber auch, was es bedeuten würde, wenn nach Lausanne die Vertreter einer Regierung gingen, deren Absichten im Ausland Bedenken und Befürchtungen erregen müssten. Würde Hitler Reichspräsident und würde die gegenwärtige Regierung von einem Rechtskabinett abgelöst, so wäre das Schicksal der Wirtschaft endgiltig besiegelt.

Schon heute herrscht im französischen Volk eine Kriegsfurcht, die hier und dort sogar zu einer Panikstimmung ausartet. Sie ist sicher unbegründet, und sie wird frevelhaft ausgebeutet von der Rüstungsindustrie, der es gelungen ist, sich eines massgebenden Teils der französischen Presse zu bemächtigen. Aber diese Geistesverfassung würde einen für den Frieden bedrohlichen Charakter annehmen, wenn in Deutschland Politiker ans Ruder kämen, denen man den Willen zur Zerreissung von Verträgen zutrauen könnte. Dann gäbe es keine dauernde und sicherlich keine für uns annehmbare Lösung. Dann hätten wir nicht nur Frankreich sondern die ganze Welt gegen uns, und die Welt würde über weit mehr Trumpe verfügen, als Deutschland in den Händen hat. Unter dem Konflikt, der dann entstünde, würde, auch wenn es nicht zu einem bewaffneten Austrag käme, die Arbeiterklasse am schwersten leiden.

SPD. Darmstadt, 16. Februar (Eig. Draht)

Im Zusammenhang mit dem Attentat auf den Nazi-Abgeordneten des hessische Landtags wurden am Dienstag zwei Kommunisten verhaftet, die vor wenigen Tagen mit Buttler und vier Reichsbannerleuten vor Gericht gestanden haben und zu mehreren Monaten Gefängnis verurteilt worden waren. Die Täterschaft der beiden Kommunisten ist jedoch sehr fraglich. Nazi-Buttler ist übrigens wegen qualifizierten Diebstahls mehrfach mit zwei und drei Monaten Gefängnis vorbestraft.

In der Dienstag-Sitzung des hessischen Landtags nahm der Führer der Nazi-Fraktion das Attentat auf Buttler zum Anlass von Drohungen gegen die "unrechtmässige" Regierung. Entweder würden exemplarische Massnahmen gegen die "marxistischen" Mörder ergriffen, oder die Nationalsozialisten müssten selbst zu Mitteln greifen, die "diese Mörder und ihre Genossen zur Raison bringen". Staatspräsident Adelung wies die Äusserungen des Nazi-Führers entschieden zurück. Die Regierung habe ihre Pflicht getan und werde sie weiterhin tun, ohne Ansehen der Person und der Partei. Im übrigen liege nicht nur ein Abgeordneter wegen einer Schussverletzung im Krankenhaus. Der andere ist der Abg. Schäfer, der in Zwickau eine Schussverletzung erhielt. Der Kommunist Rost erklärte, der Täter sei bei der Nazifeme selbst zu suchen. Der Führer der SPD, Abg. Zinnkann stellte fest, dass die Nazis die Letzten seien, die sich über Bluttaten zu beschwören hätten, da ihre Führer in allen öffentlichen Versammlungen Gewalt predigten. Die Sozialdemokratie bedauere den Vorfall, werde aber die Untersuchung in aller Ruhe abwarten.

SPD. Die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat dem Reichstag zwei Gesetzeswürfe über Arbeitsbeschaffung zur Förderung des Kleinwohnungsbaues, sowie über die Umgestaltung der Hauszinssteuer zugehen lassen.

Die Notwendigkeit der Arbeitsbeschaffung ist grösser denn je. Die Zahl der Erwerbslosen hat 6 Millionen überschritten. Aus dem Rückgang der Ausfuhr, der trotz der wiederholten Lohnsenkung bereits eingesetzt hat, droht weitere Vermehrung der Arbeitslosigkeit. Infolge der Zwangseingriffe am Kapitalmarkt ist die innerdeutsche Kapitalbildung mangelhafter denn je, während gleichzeitig die Kapitalflucht trotz schärfster Gegenmassnahmen nicht zum Stillstand gebracht werden kann. Am schlimmsten ist die Lage im Baugewerbe. Während in Deutschland 1930 noch über 300 000 Wohnungen gebaut wurden, sind 1931 nur noch 200 000 errichtet worden. Im Jahre 1932 aber muss die Wohnungsbautätigkeit gänzlich zum Erliegen kommen, weil weder private noch öffentliche Mittel zur Verfügung stehen. Schon im Jahre 1931 waren durchschnittlich 68 % aller Bauarbeiter erwerbslos und gegenwärtig beträgt die Arbeitslosigkeit im Baugewerbe sogar 90 % und mehr. Dazu kommt, dass auch die öffentliche Hand wegen der verschärften Finanznot nicht mehr bauen kann und die Errichtung von Verwaltungsneubauten durch Notverordnung ausdrücklich untersagt worden ist.

Andererseits ist der Bedarf an Kleinwohnungen zu erschwinglichen Mieten nach wie vor gross. Die Tatsache, dass einige teure Neubauwohnungen und eine grössere Anzahl grosser Wohnungen zur Zeit leer stehen, ist von den Gegnern des öffentlichen Wohnungsbaues dahin aufgebauscht worden, als ob in Deutschland überhaupt kein Bedarf an Neubauwohnungen mehr wäre. In Wahrheit muss man unter normalen Verhältnissen noch auf Jahre damit rechnen, dass in Deutschland jährlich 250 000 neue Wohnungen gebraucht werden, weil so viel jährliche Eheschliessungen zu erwarten sind. Nur während der Dauer der Krise wird dieser Wohnungsbedarf nicht in vollem Umfange fühlbar, weil die Eheschliessungen wegen der unsicheren wirtschaftlichen Verhältnisse stark eingeschränkt werden. Damit wird aber der Wohnungsbedarf nicht aufgehoben, sondern nur aufgestaut.

und, sobald die Krise vorübergeht, muss er sich in doppeltem Masse bemerkbar machen. Arbeitsbeschaffung und Förderung des Kleinwohnungsbaues sind also zwei Fragen, die aufs engste miteinander zusammenhängen und die mit möglichster Beschleunigung gelöst werden müssen, wenn nicht eine weitere Verschärfung der Wirtschaftskrise eintreten soll.

Diesem Ziel dienen die sozialdemokratischen Gesetzentwürfe. Es kann nur erreicht werden, wenn die Mittel zur Finanzierung der Arbeitsbeschaffung und der Bautätigkeit sofort bereitgestellt werden. Die Erdrösselung des öffentlichen Wohnungsbaues ist eingetreten, weil die Regierung Brüning die Hauszinssteuer abgebaut und den Hausbesitzern Milliarden an Steuergeschenken in Aussicht gestellt hat. Durch die Notverordnung vom 6. Oktober 1931 wird die Hauszinssteuer vom 1. April ab um 20 % gesenkt. Die Notverordnung vom 8. Dezember 1931 hat angeordnet, dass die Hauszinssteuer vom 1. April 1935 und vom 1. April 1937 ab jeweils um weitere 25 % abgebaut werden und dass sie vom 1. April 1940 ab überhaupt in Fortfall kommen soll.

Die Sozialdemokratie ist die schärfste Gegnerin dieses Abbaues der Hauszinssteuer, der den Hausbesitzern in einer Zeit grösster Finanznot ungeheure Sonderprofite ermöglichen würde. Es geht aber nicht an, die Senkung der Hauszinssteuer um 20 % vom 1. April dieses Jahres ab einfach wieder rückgängig zu machen. Denn wir haben inzwischen die 10 %ige Mietsenkung bekommen und die Hausbesitzer brauchen in der Regel die Ermässigung der Hauszinssteuer, um die Mietsenkung tragen zu können. Infolgedessen schlägt die Sozialdemokratie in ihrem Gesetzentwurf über die Umgestaltung der Hauszinssteuer vor, die Hauszinssteuer auf eine völlig neue Grundlage zu stellen. Die jetzige Hauszinssteuerbelastung soll in eine öffentliche Rentenschuld umgewandelt werden.

Die Rentenschuld soll 20 Jahre laufen und kann innerhalb dieser Zeit durch Zahlung eines entsprechenden Kapitalbetrages abgelöst werden. Durch genaue Anpassung der Rentenschuld an den Gewinn, den der einzelne Hausbesitzer durch die Inflation gemacht hat, soll ein höheres Aufkommen als bei der Hauszinssteuer erreicht werden, ohne dass eine allgemeine Mehrbelastung der Hausbesitzer eintritt. Um die kleinen Hausbesitzer zu schonen, ist bestimmt, dass die Häuser bis zu 5 000 Mark Friedenswert von der Rentenschuld vollständig freit werden, während bei den Grundstücken bis zu 10 000 Mark Vorkriegswert jegliche Mehrbelastung gegenüber dem bisherigen Zustande ausgeschlossen werden soll. Selbstverständlich sind für die Erwerbslosen dieselben Vergünstigungen vorgesehen wie bisher und ebenso soll für die leerstehenden Wohnräume wie bisher ein Erlass der Rentenschuld erfolgen.

Auf diese Weise wird erreicht, dass auch im Rechnungsjahr 1932 öffentliche Mittel für den Wohnungsbau verwendet werden können. Aber diese öffentlichen Mittel reichen nicht aus, um angesichts des völligen Darniederliegens des privaten Kapitalmarkts die Bautätigkeit genügend in Gang zu bringen. Deshalb sieht der sozialdemokratische Gesetzentwurf über Arbeitsbeschaffung vor, dass weitere Mittel für den Wohnungsbau durch Auflegung einer Reichsanleihe für Arbeitsbeschaffung flüssig gemacht werden sollen. Diese Reichsanleihe soll so gestaltet werden, dass sie insbesondere geeignet ist, das in grossem Masse gehamsterte Bargeld aus den Sparstrümpfen wieder herauszulocken und wieder für die Wirtschaft nutzbar zu machen. Von ihrem Ertrage sollen 2/3 für den Wohnungsbau, der Rest für andere öffentliche Bauten, insbesondere für Strassenbauten usw. verwendet werden. Die Vorarbeiten für diesen Gesetzentwurf stehen vor dem Abschluss, und die Fraktion wird ihn in den nächsten Tagenebenfalls im Reichstag einbringen.

Diese beiden Gesetzesvorlagen der Sozialdemokratie, die bis in alle technischen Einzelheiten ausgearbeitet sind, stellen gesetzgeberische Vorarbeiten von weittragender Bedeutung dar. Sie weisen einen Weg zur Arbeitsbeschaffung, der sofort gangbar ist. Dabei werden keinerlei Inflations- und Kreditexperimente gemacht, die im Ergebnis der Arbeiterschaft nur schaden und nicht nützen würden. Ebensowenig werden utopische und wirtschaftsvernichtende Steuer-

pläne entworfen, mit denen die Kommunisten die breiten Massen einzufangen versuchen. Der Reichstag wird durch die beiden Gesetzentwürfe vor eine bedeutsame Entscheidung gestellt: Wenn er verhindern will, dass die Arbeitslosigkeit weiter ansteigt und das Baugewerbe vollends zusammenbricht, dann muss er diese Entwürfe mit grösster Beschleunigung annehmen.

SPD. Hamburg, 16. Februar (Eig. Draht.)

In der Nacht zum Dienstag unternahmen Kommunisten in Hamburg einen Feuerüberfall auf Polizeibeamte. Ein Polizeiwachtmeister wurde schwer verletzt.

Vor einem kommunistischen Verkehrslokal in der Papenstrasse hatten sich etwa 150 Kommunisten angesammelt, die aus einer kommunistischen Versammlung gekommen waren. Als vorübergehende Passanten von den Kommunisten belästigt wurden und schliesslich ein mit Ordnungspolizisten besetzter Streifenwagen herankam, gaben die Kommunisten Feuer. Ein Polizeiwachtmeister erhielt einen Schulterschuss in der Höhe der Wirbelsäule; er liegt vernehmungsunfähig darnieder. Fünf Kommunisten wurden festgenommen. Zwei waren im Besitz von Revolvern. Aus einer der Waffen ist, wie festgestellt wurde, ein Schuss abgegeben worden.

SPD. Frankfurt/M., 16. Febr. (Eig. Dr.)

Eine neue viehische Bluttat wird aus dem Westerwald gemeldet. Dort hat ein SA-Mann einen jungen Arbeiter durch einen Messerstich getötet und zwei Arbeiter durch Messerstiche schwer verletzt.

SPD. Der Reichspräsident empfang am Dienstag eine Abordnung des Sahn-
ausschusses, der er eine schriftliche Erklärung übergab, in der er sein Einverständnis damit ausspricht, dass sein Name in den "Wahlvorschlag Hindenburgs für die Reichspräsidentenwahl 1932" aufgenommen wird.

Im Verlauf des Empfangs erklärte sich Herr von Hindenburg u.a. bereit, eine auf ihn fallende Wahl anzunehmen: "Ich handele hierbei, so fuhr er fort, nicht aus persönlichem Ehrgeiz, sondern im Bewusstsein meiner Verantwortung für Deutschland und im Gefühl meiner Pflicht. Sie stehen hier vor mir nicht als die Vertreter einer Partei, sondern als Angehörige der verschiedensten Berufsstände und politischen Richtungen aus allen Teilen Deutschlands. Dass Ihr Ruf an mich nicht ausgeht von einer bestimmten Partei oder Interessentengruppe, sondern von allumfassenden Ausschüssen in den verschiedensten Gebieten des Reiches, hat mir meine Entscheidung wesentlich erleichtert. Ich erkläre Ihnen daher mein Einverständnis dazu, dass mein Name auf den von Ihnen vorbereiteten Wahlvorschlag für die Reichspräsidentenwahl gesetzt wird und ich hoffe so, mit meiner letzten Kraft dem dienen zu können, was mir in meinem langen Leben stets hoch und heilig war, dem Vaterland."

SPD. Dresden, 16. Februar (Eig. Dr.)

Die im Landesbund Sachsen des Deutschen Beamtenbundes zusammengeschlossenen Gewerkschaften haben beim Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich Klage gegen das Land Sachsen erhoben mit dem Antrag, alle Reich- und sächsischen Notverordnungen, soweit sie das Beamtenrecht betreffen und geändert haben, für verfassungswidrig und damit für ungültig zu erklären. Die Kläger

sind der Meinung, dass die sächsische Regierung nicht berechtigt gewesen sei, auf Grund der Notverordnungen des Reichspräsidenten ihre Notverordnungen zu erlassen, da sie sowohl der Verfassung als auch verschiedenen Landesgesetzen zuwiderlaufen.

SPD. Paris, 16. Februar (Eig. Drahtb.)

Der Senat hat am Dienstag-Nachmittag um $\frac{1}{2}$ 5 Uhr die Regierung Laval gestürzt, indem er sich mit 157 gegen 134 Stimmen weigerte, dem mit der Stellung der Vertrauensfrage verbundenen Antrag des Ministerpräsidenten zu entsprechen und die Debatte über die Interpellation des Senators Peyronnet zu vertagen.

Die Niederlage der Regierung kam unerwartet und erfolgte unter Umständen wie sie in der Geschichte des französischen Parlamentarismus einzig dastehen dürften, denn dem votum des Senats ging keine Debatte voraus, der der Ministerpräsident mit allen Mitteln auszuweichen suchte. Diese Weigerung, sich offen über die innerpolitische Lage auszusprechen, und die Tatsache, dass der Ministerpräsident in seiner kurzen Erklärung den Senat in einer Weise behandelte, die in der Kammer üblich ist, und dass er dabei in ausserst ungeschickter Form eine Kombination zwischen Tardieu und den ihm befreundeten Interpellanten Peyronnet aufdeckte, löste bei der Mehrheit des Senats einen ungeheuren Empörungsturm aus. Das Misstrauensvotum des Senats richtet sich daher im Grunde genommen nicht gegen die ganze Regierung, sondern gegen die Person des Ministerpräsidenten Laval.

Als der Ministerpräsident um $\frac{1}{2}$ 3 Uhr in den Wandelgängen des Senats erschien, trug er eine von keiner Wolke getrübt Zuvorsicht über den Ausgang der Debatte zur Schau. Er unterhielt sich lächelnd mit Senatoren, Abgeordneten und Journalisten und erklärte, er habe volles Vertrauen darauf, dass der Senat in einer so ernsten internationalen Lage keine Ministerkrise hervorrufen und damit die Interessen Frankreichs schädigen würde. Es war nämlich bekannt geworden, dass sich der in Genf weilende Kriegsminister Tardieu im Laufe der Nacht zum Dienstag telephonisch mit dem ihm persönlich nahestehenden Senator Peyronnet in Verbindung gesetzt und mit der Drohung, bei einem Sturz des Kabinetts Laval sofort die Führung der französischen Abrüstungsdelegation niederzuliegen, dessen Zusicherung dazu erlangt hatte, sich einem Antrage der Regierung auf Vertagung der Interpellationsdebatte nicht zu widersetzen. Allerdings war das Gerücht verbreitet, dass der radikale Senator Régnier in diesem Falle eine neue Interpellation einbringen würde, aber man schenkte diesem Gerücht keinen grossen Glauben, ebensowenig wie man der Tatsache Bedeutung beilegte, dass sich die Fraktion der demokratischen Linken, wie erwartet worden war, kurz vor der Sitzung gegen die Vertagung der Debatte ausgesprochen hatte. Der Ministerpräsident betrat also vollkommen zuversichtlich den Plenarsaal.

Als die Glocke um drei Uhr den Beginn der Sitzung ankündigte war das Haus gefüllt. Die Tribünen waren ebenfalls bis auf den letzten Stehplatz besetzt. Gleich zu Beginn der Sitzung zeigte sich, dass die Stimmung im Hause der Regierung nicht günstig war. Als Innenminister Catala auf den Tisch des Hauses den von der Kammer angenommenen Wahlreformentwurf niederlegte, entstand auf der Linken und im Zentrum ein furchtbarer Lärm, der jedoch schnell vorüberging. Der Präsident verlas dann die Interpellation des Senators Peyronnet und stellte an die Regierung die Frage, welches Datum sie für die Debatte vorschläge. Der Ministerpräsident, durch Zurufe von der Linken gezwungen, die Tribüne zu besteigen, erklärte:

"Der Senat wird der Meinung sein, dass diese Debatte vertagt werden kann. Die Genfer Abrüstungskonferenz befindet sich mitten in der Generaldebatte und unsere Delegation wird bald gezwungen sein, auf den Abrüstungsvorschlag einer fremden Nation (gemeint ist Deutschland) zu antworten, um die Stellung

Frankreichs noch einmal zu präzisieren. Ich will der Debatte in keiner Weise ausweichen und ich werde mich über alle innenpolitischen Zwischenfälle der letzten Zeit aussprechen. Aber im Interesse des Landes halte ich es für richtig, die Diskussion bis nach dem Schluss der Generaldebatte in Genf zu vertagen. Was das Datum anbetrifft bin ich darüber einig..." (grosser Lärm auf der Linken; man hört mehrmals Zwischenrufe: "Mit wem sind Sie einig?") Laval: "Ich bin mit dem Senat, wenn er für mich stimmt, darüber einig, dass die Debatte am Freitag, den 26. Februar stattfindet." (Die Rechte klatscht Beifall, die Linke lärmt und rief: "Sofortige Beratung.")

Der radikale Senator Régnier beantragt darauf, die Debatte sofort zu beginnen. Der Präsident liess jetzt mit Handaufheben über den Vertagungsantrag abstimmen. Da das Ergebnis zweifelhaft war, musste namentliche Abstimmung erfolgen. Die Beratung wurde mit 154 gegen 134 Stimmen abgelehnt. Statt sich nun mit der sofortigen Beratung einverstanden zu erklären (der Präsident erteilte bereits Senator Peyronnet das Wort) erhob sich der Ministerpräsident zu einer neuen Erklärung, die sein Schicksal besiegelte. Er sagte von seinem Platz aus: "Der Senat hat es abgelehnt, die Diskussion bis nach Schluss der Genfer Debatte zu vertagen. Morgen wird zweifellos eine fremde Nation ihren Standpunkt in der Abrüstungsfrage auseinandersetzen. Ich appelliere an das Gewissen meiner Kollegen (Oh! Oh! links, Beifall rechts) und bitte Sie darum, die Diskussion wenigstens bis Freitag, den 19. Februar aufzuschieben. Ich stell für die Annahme dieses Antrags die Vertrauensfrage. Die Interpellation Peyronnets betrifft nur innenpolitische Zwischenfälle. Ich glaube, dass der Führer unserer Delegation in Genf heute nacht mit Senator Peyronnet in telephonischer Verbindung gestanden hat, (ungeheurer Lärm und Proteste links. Der Ministerpräsident wird durch Zurufe aufgefordert, die Tribüne zu besteigen) und dass Peyronnet aufgrund seiner Rücksprache mit Tardieu entschlossen ist, die vertagung der Interpellation anzunehmen. Ich appelliere an das Gewissen Peyronnets. Sie (zu der Linken) haben heute die Wahl zwischen ihren Leidenschaften und dem nationalen Interesse."

Dieser letzte Satz, der von der Linken als Herausforderung betrachtet und mit grossem Lärm aufgenommen wurde, schlug dem Fass den Boden aus. Die Abstimmung über die Vertagung bis zum 19. Februar ergab 134 Stimmen für und 157 Stimmen gegen die Regierung. Die Verkündung des Ergebnisses durch den Präsidenten wurde ohne jede Kundgebung auf der Rechten und der Linken aufgenommen. Die Regierung verliess darauf im Gänsemarsch unter Führung Laval's in lautloser Stille den Saal, worauf sich der Senat auf unbestimmte Zeit vertagte.

Um $\frac{1}{2}$ 6 Uhr überreichte Laval dem Präsidenten der Republik sein Rücktrittsgesuch. Doumer dankte den Ministern für ihre Mitarbeit und bat sie, die Geschäfte bis zur Bildung einer neuen Regierung weiterzuführen. Doumer begann noch am Dienstag-Abend mit den Besprechungen zur Lösung der Regierungskrise.

SPD. Stuttgart, 16. Februar (Eig. Dr.)

Eine von der Stuttgarter Staatspartei einberufene öffentliche Versammlung, in der der Reichstagsabgeordnete Hermann Fischer sprach, endete mit einer wüsten Schlägerei, die von den Nationalsozialisten provoziert worden war. Zahlreiche Personen, darunter mehrere Reichsbannerleute, wurden durch Messerstiche verletzt.

Der Referent Fischer konnte seinen Vortrag wegen der fortgesetzten Störungen eines Trupps Nationalsozialisten nur mit Mühe beenden. Dennoch erhielten zwei Nationalsozialisten in der Aussprache das Wort und wurden von der Versammlung ruhig angehört. Als dann der Abgeordnete Fischer zum Schlusswort kam, sangen die Nazis das Horst-Wessel-Lied, um den Referenten am Reden zu hindern, und schlugen auf die über diesen Missbrauch des Gastrechts empörten

Versammlungsbesucher ein. Es entwickelte sich eine schwere Schlägerei, bei der die Gegner mit Stuhlbeinen aufeinander losschlugen, sodass es zahlreiche Verletzte gab und ein grosser Teil des Mobiliars in Trümmer ging. Die Polizei nahm mehrere Nationalsozialisten, darunter den Sturmführer Reich, fest.

SPD. Die Nazis kündigen an, dass sie am 23. Februar wieder im Reichstag erscheinen werden. Aber nur solange, "als es ihnen zur Durchführung der parlamentarischen Kämpfe notwendig erscheint". Sobald ihre Pläne ins Wasser gefallen und sie wieder hereingefallen sind, werden sie weiter schwänzen!

SPD. Madrid, 16. Februar (Eig. Drahtb.)
In Tarrasa bemächtigten sich Aufständische des Rathauses und erklärten die Sowjetrepublik. Sie belagerten zugleich die Kaserne der Zivilgarde, bis diese durch reguläre Truppen befreit wurde. 9 Personen wurden verwundet, 26 Personen verhaftet.

In Sevilla ist ein Generalstreik ausgebrochen. In Montelano kam es zu einer Schiesserei zwischen Polizei und Syndikalisten. Zwei Personen wurden verwundet. In Saragossa sind schwere Unruhen ausgebrochen, die von Barcelona aus dirigiert werden. Es gab einen Toten und 6 Verwundete. In Malaga wurde ein grösserer Bombenfund gemacht. In Cuenca, Soria, Ronda, Algeciras, Huelva und verschiedenen anderen Plätzen der Provinz Verona ist ebenfalls der Generalstreik ausgebrochen. In der Provinz Barcelona sind verschiedene Eisenbahnlinien unterbrochen. In der Kathedrale von Valencia wurde der Schmuck der berühmten Statue der unbefleckten Jungfrau geraubt und die Statue zerstört.

SPD. Genf, 16. Februar (Eig. Drahtb.)
In der Generaldebatte der Abrüstungskonferenz schlug der argentinische Hauptdelegierte Bosh am Dienstag vor, die Staaten, die nicht Unterzeichner der Flottenabkommen von Washington und London seien, sollten Verträge eingehen, dass sie keine Kriegsschiffe über 10 000 Tonnen kaufen oder bauen. Ferner müsse von der Konferenz eine klare Definition der Kriegskontrebande aufgestellt werden, wobei Nahrungsmittel von diesem Begriff ausgenommen werden müssten. Im Übrigen stimmte Bosh den Gedankengängen des Verbots der Angriffswaffen und chemischen Kriegsmittel, sowie der Kontrolle dieses Verbotes bei.

Motta-Schweiz unterstützte die schon mehrfach als Kompromissgrundlage genannten Begrenzungen und Verbote, während er die Idee einer internationalen Armee als utopisch bezeichnete, solange wichtige Grossmächte noch ausserhalb des Völkerbundes stünden.

SPD. Der Bundesausschuss des ADGB beschloss am Dienstag, den Frankfurter Kongress für die nächste Zeit als ausserordentlichen Kongress der Gewerkschaften Deutschlands nach Berlin einzuberufen. Der Kongress wird zu geeigneter Stunde die Forderungen der Gewerkschaften an Staat und Wirtschaft, voran den Ruf nach durchgreifenden Massnahmen zur Arbeitsbeschaffung, unter Einsetzung des Ansehens und des Gewichts der gesamten Bewegung vor der Öffentlichkeit vertreten. Mit der Einberufung des Kongresses ist der Bundesvorstand beauftragt.

Die Beratungen des Ausschusses über die Frage der Arbeitsbeschaffung fanden am Dienstag ihren Abschluss mit der einstimmigen Annahme folgender Entschliessung :

"Die in den letzten 1½ Jahren zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen erlassenen Notverordnungen haben den arbeitenden Volksmassen unerhörte Opfer auferlegt, der Wirtschaft aber keine Entlastung gebracht.

Von 2,7 Millionen am Anfang der Notverordnungsperiode ist das Arbeitslosenheer auf weit über 6 Millionen angewachsen. Die gewaltsame Herabsetzung der Löhne und der sozialen Leistungen bewirkte eine ungeheure Schrumpfung der allgemeinen Kaufkraft und führte zwangsläufig zu einer weiteren Drosselung der Produktion, zur Verschärfung der Krise und zu einer unablässig steigenden Verelendung des Volkes. Millionen Menschen leiden bitteren Mangel, während die Landwirtschaft, Handel und Gewerbe vergeblich um den Absatz der Produkte ringen. Auch der Versuch der Reichsregierung, den lebensnotwendigen Export dadurch zu sichern, dass sie dem Währungsdumping des Auslandes die deutsche Deflationspolitik entgegenstellte, ist gescheitert.

Die letzte Notverordnung kürzte die Löhne um durchschnittlich 12 v.H.; die Lebenshaltungskosten sanken aber nur um 5 v.H. Auf diese Weise ist jene "neue Lage" entstanden, die nach dem feierlichen Versprechen des Reichskanzlers die Regierung zu entsprechenden Schritten zugunsten der Arbeiterschaft verpflichtet.

Die Reichsregierung hat erklärt, dass die letzte Notverordnung den Schlussstrich unter die Deflationsperiode ziehe. Der offensichtliche Misserfolg ihrer Wirtschaftspolitik muss sie zu der Erkenntnis zwingen, dass sie nunmehr vor der Aufgabe steht, endlich wirksame Massnahmen zur Belebung der Wirtschaft zu treffen.

Die Gewerkschaften erinnern an ihre mannigfachen Vorschläge, die sie der Reichsregierung auf dem Gebiete der Bank-, Kredit-, Steuer-, Preis- und Zollpolitik unterbreitet haben. Auf ihre Durchführung wartet die Arbeiterschaft bisher vergeblich. Insbesondere ist von der Reichsregierung die dringliche Forderung der Gewerkschaften nach besserer Verteilung der vorhandenen Arbeitsgelegenheit (40-Stundenwoche) trotz der ihr durch Notverordnung erteilten Ermächtigung nicht erfüllt worden. Die allgemeine Verkürzung der Arbeitszeit, die Beseitigung der Ueberarbeit und die ernsthafte Bekämpfung des Doppelverdienertums erfordern nur den entschlossenen Willen der Reichsregierung zur Durchführung dieser Massnahmen.

Die Gewerkschaften anerkennen nach wie vor die Notwendigkeit, der allgemeinen Weltwirtschaftskrise durch eine aktive Aussenpolitik entgegenzuwirken. Innerpolitische Massnahmen allein können nicht dauernd helfen und sind im Erfolg abhängig von einer baldigen internationalen Verständigung. Aber möglich als ein Anfang und entscheidend in der heutigen Situation im eigenen Lande ist eine Arbeitsbeschaffung grossen Ausmasses.

Die unverkennbaren Schwierigkeiten dieser Aufgabe entheben die Reichsregierung nicht der Notwendigkeit, sie unverzüglich in Angriff zu nehmen. Der Finanzierung der Arbeitsbeschaffung stehen keine unüberwindbaren Hindernisse entgegen. Den verhängnisvollen Deflationsexperimenten der Notverordnung muss endlich eine positive Politik der Wirtschaftsförderung folgen.

Die Gewerkschaften sind überzeugt, dass bei ernster Zusammenarbeit des Reiches, der Länder, der Gemeinden, der Reichsbahn und der Reichspost, der Reichsbank und der übrigen verantwortlichen Körperschaften das Finanzierungsproblem gelöst werden kann.

Von der planmässigen Arbeitsbeschaffung hängt die Existenz von Volk und Staat ab. Nur die tatkräftige Bekämpfung der Arbeitslosigkeit kann den inneren Frieden im Reiche sichern und das Vertrauen auf die Zukunft Deutschlands im Inlande und im Auslande wieder herstellen."

SPD. Stuttgart, 16. Februar (Eig. Dr.)

Der württembergische Landtag beschäftigte sich am Dienstag mit der sozialdemokratischen Interpellation wegen der Beschlagnahme der "Schwäbischen Tagwacht".

Der sozialdemokratische Abgeordnete Keil wies durch Gegenüberstellungen zahlreicher Fälle die völlig einseitige Einstellung der Politischen Abteilung des Stuttgarter Polizeipräsidiums nach. In den polizeilichen Berichten über die politische Lage, die auftragsgemäss an das Innenministerium erstattet werden, seien wiederholt gehässige Wendungen über linksgerichtete Politiker enthalten gewesen. Der von einem Redeverbot betroffene Nationalsozialist und frühere Tschekamörder Neumann habe dieses Verbot nicht beachtet. Dennoch sei ihm nichts geschehen. Dagegen sei der Kommunist Schlaffer, der nur einige Sätze an eine Versammlung gerichtet habe, sofort verhaftet und schon am Tage danach vom Schnellrichter zu drei Monaten Gefängnis verurteilt worden. Zwei Worte einer im ganzen durchaus massvollen Notiz der "Schwäbischen Tagwacht" von nicht mehr als 6 Zeilen Umfang über das Scheckentempo des gerichtlichen Ermittlungsverfahrens in der Hochverratsangelegenheit des hessischen Gerichtsassessors Best hatten der Polizei genügt, eine böswillige Verächtlichmachung des Reichsgerichts daraus zu schliessen, obwohl der Sinn der ganzen Notiz auf das Gegenteil, nämlich auf den Schutz der Autorität des Reichsgerichtes hinausgelaufen sei. Der Vorgang sei ein Beweis dafür, dass die für diesen Akt verantwortlichen Beamten kein Verstandnis für den staatspolitischen Sinn ihrer Dienstaufgaben hätten, aber auch den von ihnen auf die Verfassung der demokratischen Republik geleisteten Dienst offenbar gering achteten, da sonst ihre Begünstigung der Feinde der Verfassung nicht erklärlich wäre. Diese pflichtwidrigen Beamten müssen zur Ordnung gerufen werden.

Staatspräsident Bolz erklärte in Beantwortung der sozialdemokratischen Interpellation, dass er die Beschlagnahme der Tagwacht nach dem Wortlaut der Notverordnung als rechtlich begründet bezeichnen müsse, denn das Reichsgericht sei in der betreffenden Notiz durch die Anwendung der Worte "Justizkomödie" verächtlich gemacht worden. Im einzelnen werde man je nach seiner parteipolitischen Einstellung über solche Vorgänge stets verschiedener Auffassung sein können. Aber die zunehmende Verschärfung des politischen Kampfes, die fortgesetzten Schlägereien und Stechereien in Versammlungen beruhten nur auf der Verhetzung durch die Presse und er befürchte sogar, dass noch eine Verschärfung der Anwendung der Bestimmungen der Notverordnung in der nächsten Zeit erforderlich sein werde.

SPD. Nicht oft in der französischen Geschichte sind Regierungen durch den Senat gestürzt worden, der sich im allgemeinen einer gewissen vornehmen Zurückhaltung im politischen Tageskampf befleißigt, sich auf eine Art obere Kontrolle der allgemeinen Politik beschränkt und es der unmittelbar vom Volke gewählten Deputiertenkammer überlässt, missliebige Regierungen zu beseitigen. Es muss schon ein sehr ernster Anlass vorliegen, ein Verstoss gegen die Grundsätze und Traditionen der Demokratie, um die Senatsmehrheit zu veranlassen, aus ihrer Reserve herauszugehen und eine Kabinettskrise selbst herbeizuführen.

Dieser Fall lag hier vor. Die von der reaktionären Mehrheit der Kammer durchgepeitschte Wahlreform trug alle Merkmale eines Gelegenheitsgesetzes, durch das die Rechtsparteien sich auf unlautere Weise Vorteile bei den bevorstehenden Wahlen sichern wollten. Das Monstrum, das aus den Beratungen der Kammer hervorgegangen war, versties gegen die wichtigsten Grundsätze und Traditionen, als deren Hüter sich der Senat betrachtete. Die Abschaffung der Stichwahl, die Beseitigung des Mehrheitsprinzips, verbunden mit einer demagogischen plötzlichen Einführung des Frauenwahlrechtes, das war doch zuviel auf einmal für den Senat, der schon in früheren Zeiten bewiesen hat, dass er

in Fragen des Wahlsystems nicht mit sich spassen lässt. Deshalb musste man sich über die Hartnäckigkeit wundern, mit der die Rechtsmehrheit der Kammer für eine Vorlage kämpfte, von der sie wissen musste, dass der Senat sie aller Wahrscheinlichkeit nach nicht passieren lassen würde. Als die Linke unter Führung Merriots und Léon Blums nach wochenlangem heroischen, aber vergeblichen Obstruktionskampf und am Ende einer 22stündigen Sitzung die Kammer geschlossen verliess, da blieb, einschliesslich der Kommunisten, kaum die Hälfte der Abgeordneten übrig, um die Vorlage zu verabschieden. Von diesem Augenblick an gab es kaum noch einen Zweifel, dass das Werk der Regierungsparteien am Widerstand des Senats scheitern würde.

Woran man zweifeln konnte, war nur, ob sich daraus auch noch eine Regierungskrise entwickeln würde. Das hätte nicht unbedingt sein müssen. Denn nach ausserhin hatte die Regierung in der Kammer Neutralität gegenüber dem Kampf um die Wahlreform verkündet. Aber diese Neutralität war nur eine Fiktion. In Wirklichkeit hatten die Regierungsmitglieder als solche, soweit sie nicht selbst Senatoren sind, die Reform mitgemacht und gefördert. Zuletzt hatte sogar der neue Innenminister Cathala den Plänen der Mehrheit aktiv Vorschub geleistet. Daher vermochte Laval, der übrigens selber dem Senat angehört, nicht mehr seinen Kollegen von der Ersten Kammer einzureden, dass ihn die Angelegenheit eigentlich gar nichts angehe. Im Senat warf man ihm mit Recht seine zweideutige Haltung vor und man war entschlossen, ihm und seiner Kammermehrheit eine Denkzettel zu erteilen.

Dies umso mehr, als die Senatoren wissen, dass sich trotz der eifrigen nationalistischen Kampagne im Lande im Volk selbst ein Ruck nach links vollzieht, eben jener Ruck, den die Rechtsmehrheit durch eine Zweckreform des Wahlgesetzes auffangen wollte. Seit der Ausbootung Briands und der Ernennung Tardieus zum Kriegsminister und Delegationsführer auf der Abrüstungskonferenz war aber innerhalb der Regierung Laval ein Ruck nach rechts eingetreten, der der Volksstimmung widersprach. Der Hinweis Lavals und seiner Freunde auf die schwebenden Abrüstungsdebatten in Genf und auf die mögliche Schädigung der ausserpolitischen Interessen Frankreichs durch eine Regierungskrise im jetzigen Augenblick verfehlte seine Wirkung. Mit der für den Senat verhältnismässig grossen Mehrheit von 24 Stimmen ist Laval unterlegen.

Was nun werden soll, ist im Augenblick sehr schwer vorauszusagen, weil die aussergewöhnlichen Umstände dieser Krise eine Lösung beträchtlich erschweren. Man steht vor einem offenen Konflikt zwischen der Linksmehrheit des Senats die von den Radikalen geführt wird, und der Rechtsmehrheit der Kammer, in der die Radikalen in Opposition, ja sogar in Obstruktion stehen. Kann sich eine Linksregierung in der Kammer halten? Nach dem letzten kurzlebigen Experiment der Regierung Steeg und angesichts der unerhörten Zuspitzung des innerpolitischen Kampfes in den letzten Wochen fällt es einem schwer, diese Frage zu bejahen. Aber kann man dem Senat, nach seinem klaren Votum vom Dienstag, zumuten, eine neue Rechtsregierung zu dulden? Staatspräsident Doumer ist um seine Aufgabe nicht zu beneiden. Es hat jedenfalls den Anschein, als ob nach dieser Entwicklung die Absichten der Kammermehrheit, die Neuwahlen bis zum Mai, möglichst bis nach den Preussenwahlen, hinauszuschieben, sich nicht durchführen lassen werden. Vielmehr erheischt die Lage eine schnelle Entscheidung durch das Volk. Die Kammer ist jetzt sowieso bald am Ende ihrer vierjährigen Legislaturperiode. Es bedarf jetzt wohl kaum mehr eines vorzeitigen Auflösungsdekrets, ein gewöhnliches Schliessungsdekret dürfte wohl genügen. Vermutlich werden die französischen Wähler noch vor Ende März, spätestens Anfang April zu den Urnen gerufen werden. Von diesen Wahlen wird das Schicksal Europas während der nächsten Jahre ebenso abhängen wie von der Reichspräsidentenwahl und von den Preussenwahlen bei uns.

SPD. Genf, 16. Februar (Eig. Drahtb.)

Der erste eindeutige Schritt des Völkerbundes gegen den Friedensbrecher Japan wurde endlich am Dienstag vom Zwölfer-Ausschuss des Rates beschlossen. In der Vormittagsitzung verlas Paul Boncour einen Brief des englischen Außenministers Sir John Simon, der nochmals die bisherigen Versuche zu friedlichem Ausgleich schilderte und mit der Feststellung schloss, alles sei nur durch die Unnachgiebigkeit Japans gescheitert.

In der Nachmittagsitzung wurde nach heftiger Debatte ein Appell des Präsidenten im Namen seiner elf Kollegen an Japan beschlossen. Der Appell geht von der Ratsempfehlung des 19. Januar aus, in der die bindende Verpflichtung des Artikels 10 des Völkerbündspaktes eindringlich dargestellt war, der jedem Mitglied die Unversehrtheit seines territorialen Besitzes gewährleistet und zur sofortigen Einstellung der Feindseligkeiten aufgefordert worden war. Zunächst wird dann noch einmal an die Gerechtigkeit und Versöhnlichkeit Japans und an seine verantwortliche Stellung als Grossmacht appelliert. Dann folgt der in seiner Tragweite nicht zu unterschätzende Satz, dass alle Mächte gleichermaßen durch Artikel 10 des Völkerbündspaktes verpflichtet seien und keine der unterzeichneten Mächte den durch das gewaltsame Vorgehen Japans geschaffenen Tatbestand anerkennen werde. Der Appell schliesst mit der Feststellung, dass China bisher alle Vermittlungsversuche angenommen habe, wogegen Japan die wichtigsten vorschläge abgelehnt und die angenommenen nicht eingehalten habe.

(Schluss des politischen Teils. - Auf Wiederhören

Mittwoch-Vormittag 7 Uhr auf Welle 2850)

Blossen

ERSCHEINT NACHBEDARF

Die Hetze beginnt. - Juden! Juden!

SPD. Der Adelsmarschall von Berg hat sich im "Deutschen Adelsblatt" für die Kandidatur Hindenburg eingesetzt. Die "Deutsche Zeitung" stellt fest, das das Jsraelitische Familienblatt dasselbe getan hat, und gibt im Anschluss daran einem Freiherrn von Bodelschwingh das Wort gegen von Berg:

"Die Erklärung muss umso mehr überraschen, als das Adelsblatt neuerdings zahlreiche Aufsätze brachte, die in hohem Masse geeignet waren, über Wesen und Ziele des Judentums Aufklärung zu verbreiten. Wer sich dieser nicht versagte, der konnte nicht wohl an der Tatsache vorübergehen, dass das Judentum die Aktion der Prominenten in starkem Masse unterstützt. So ergab sich ein gleiches Zusammengehen wie seinerzeit, als man in dreister Weise vom Kaiser die Entlassung seines Kabinettschefs, des Herrn von Berg, forderte. Nun hat der Herr Adelsmarschall einen Schritt getan, der die freudige Zustimmung des Erzfeindes des deutschen Adels, des Judentums, finden wird."

Nach dieser Ouvertüre werden wir demnächst aus der nationalsozialistisch Presse hören: Hindenburg ist der Kandidat der Juden.

Und wieder Barmat-Hetze!

Die Barmat-Hetze war seinerzeit auf den Reichspräsidenten Ebert gezielt. Sie wird von den Nationalsozialisten wieder neu belebt. Der "Völkische Beobachter" kündigt an:

"Sozialdemokratie und Zentrum, die Totengräber der deutschen Nation machen in Patriotismus. Hindenburg, der Feldmarschall, vor wenigen Jahren noch als körperlich und geistig unfähig ("Kreuznacher Zeitung", Zentrum) bezeichnet oder sonstwie auf das gemeinste beschimpft, wird jetzt auf einmal in allen Tonarten als Volksheros gepriesen. Nationalsozialisten schafft Aufklärung durch Verbreitung der neuesten Ausgabe des "Flammenwerfers". Aus dem übrigen Inhalt sei noch besonders erwähnt: Kommt Barmat?, Sieben Jahre früher! Aasgeier über Deutschland! Juden sehen dich an!"

Mit der wieder aufgewärmten Barmathetze gegen Hindenburg! Die nationalsozialistische Partei wird sich im Präsidentschaftswahlkampf in ihrer ganzen Unsauberkeit vorstellen.

Notzeiten.

In der ganzen Welt geht die Krise umher. Trotzdem werden in Lake Placid in Amerika olympische Winterspiele abgehalten. Riesige Reklame ist ihnen vorgegangen. Zwei Millionen Mark sind zur ersten Vorbereitung ausgegeben worden. Zur Verbesserung der Laufbahnen wurde Schnee von Illinois und Kanada importiert.

Die Preise sind entsprechend. Eine kurze Fahrt im Auto kostet 4 Dollar, eine Uebernachtung 16 Dollar, der Besuch eines Kinos, eines Friseurs kostet ein Vermögen.

Das nennt sich Sport, das war in schwerster Krisenzeit unbedingt nötig.

An diesen Winterspielen nehmen deutsche Mannschaften teil. Die deutschen Mannschaften sind von zwei schweren Unglücksfällen beim Trainieren für das Bobrennen betroffen worden. Zwei von ihnen haben lebensgefährliche Verletzungen erlitten, fünf weitere ziemlich schwere Verletzungen.

Gibt es keine anderen Sorgen in Deutschland und Amerika?

Die S.A. im Keller.

Nur stille, kein Geräusch gemacht - so dachte ein Würzburger Staf. Also gab er den folgenden Sturmbefehl an seine SA-Mannen aus:

"Laut Standartenbefehl steht Sturm 1/9 am Freitag, 12.2.2,0 Uhr 15 Min. am Hause Thüngen zu einem Ausrüstungsappell. Die gesamten Ausrüstungsgegenstände sind mitzubringen, desgl. die SA-Versicherungskarten. Komplette Uniform im Tornister. Die Annäherung zum Hause Thüngen, Herrengasse 2, hat unauffällig zu erfolgen. Die SA-Männer begeben sich geräuschlos in den Hof und sofort in den Keller. Sämtliche Beurlaubungen sind aufgehoben. Es gibt keine Entschuldigung."

Warum kriechen Hitlers SA-Leute unauffällig und geräuschlos in den Keller, wenn Herr Groener öffentlich den Standpunkt vertritt, dass die NSDAP eine legale Partei, und die S.A. eine legale Angelegenheit ist? Das sind schöne Revolutionäre, die sich geräuschlos in den Hof und sofort in den Keller schleichen! Die Würzburger Polizei hatte im übrigen kein Verständnis für diese Illegalität auf Zehenspitzen. Sie erschien ebenfalls im Keller und stellte die SA-Leute fest.

Groeners legale S.A.

Das folgende klassische Nazi-Lied wurde von S.A.Leuten in Meissen gesungen :

Freiheit sei dem Vaterlande
Nieder mit der Judenbande.
Deutschland, Du warst einst verloren,
Doch Dein Retter ward geboren.
Hitler, aller Feigen Schrecken,
Lässt den Schieberstaat verrecken.

+

Heil, Ihr braunen Sturmsoldaten!
Schnallet fest die Handgranaten.
Hört, es drohen die Marxisten,
Zentrum, Juden, Bolschewisten.
Strasse frei, wenn wir marschieren,
Wer nicht mit uns, muss krepieren.
Köpfe rollen, Juden heulen.
Die S.A. marschiert.

Das ist selbstverständlich ganz legal, absolut legal. Kein Reichswehrministerium und kein Oberreichsanwalt wird dabei etwas finden. Soll von den angeblich legalen Nationalsozialisten dies famose Lied mit in die Reichswehr gebracht werden?

Auwi, der Seelenwärmer.

Am vergangenen Sonntag hatten sich die Nationalsozialisten den Hohenzollernprinzen Auwi zu einer Rede nach Immenstadt bestellt. Um die Versammlung zu füllen, versuchten sie die marxistischen Klassenkämpfer zur Teilnahme zu bewegen, und der Obernazi Dr. Kahlhammer lud sie ein, gegen ein Entgelt von 80 Pfennigen im Hofgartenrestaurant in Immenstadt zu erscheinen, um ihre kalten Seelen von dem Hohenzollernprinzen August Wilhelm aufwärmen lassen zu können."

Die marxistischen Klassenkämpfer haben sich für die Seelenanwärmerei bedankt. Auwi kann sich auch bedanken und zwar bei seinem Parteifreund Kahlhammer für den schönen Titel, den er ihm verschafft hat: Auwi, der Seelenaufwärmer!

Aus aller Welt

Die Hamburger Zimmerleute.

Es gibt noch Romantik im Handwerker-Beruf! - Gespräch mit einem "Fachmann"...

SBD. Jeder von uns kennt den "Mann mit dem Kalabreser": im üblichen Straßensbild fallen die bewusst und gravitatisch schreitenden Gestalten der "Hamburger Zimmerleute" aus dem Rahmen, diese mit altertümlichen Gewändern und riesengrossen Hüten bekleideten Gesellen, die meist in Gruppen gehen, mit den weitgeschnittenen Hosenbeinen schlenkernd.

"An sich noch ein moderner Beruf, Sie haben recht!", meint der Leiter des Arbeitsnachweises für Maurer und Zimmerleute. "Gewiss, ebenso modern, wie der des Automechanikers. Aber das Leben der Gesellen verläuft noch genau so romantisch wie im Mittelalter. M.W. die einzige Zunft, die ihre Gebräuche und vor allem ihre Kleidung noch nicht abgelegt hat. Ursprünglich bestand die Zunft aus einer Gruppe, seit ungefähr vierzig Jahren hat sie sich in vier Gruppen gespalten, die sich untereinander aufs schärfste befehlen." - "Weshalb?" - "Das kommt von ihrem geradezu unheimlichen Stolz. Jede Gruppe hält ihre Fahne hoch, - und wenn sie sich untereinander begegnen, gibt es erbarmungslos Keilereien." - "Warum diese grosse Feindschaft zwischen den Gruppen? Wodurch unterscheiden sie sich eigentlich voneinander?" - "Ja, eigentlich nur - durch die Kleidung. Die alte Gruppe von der Zunft, das sind die sogenannten "Schwarzgesellen", - sie binden schwarz ein, dann gibt es "Rotgesellen", - die binden rot ein, dann die "Rolandsbrüder" binden blau ein, und dann gibt es noch die "Freien Vogtländer", - die binden gar nicht ein."

"Was heisst denn "einbinden?" - "Das Einbinden bezieht sich auf die Schliesse, die die Zimmerleute um den Hals gebunden tragen, jede Gruppe hat ihre Farbe".

"Was ist denn das überhaupt für eine eigenartige Kleidung, die sie tragen?" - "Da sind zuallererst die "Hamburger Schnitthosen", sie kommen aus Plauen im Vogtland. Die Zimmergesellen tragen sie in schwarz und die Maurergesellen in weiss. Dann tragen sie den "Isländer", das ist ein bunter Sweater und darüber die sogenannte "Weste" aus schwarzem Samt mit den grossen Hornknöpfen. Als Kopfbedeckung tragen sie entweder den Zylinder oder den Kalabreser. Die Anhänglichen der Zunft tragen sogar noch Ohrringe und die Nadel mit Axt und Winkelisen, die Maurer mit Hammer und Kelle."

"Jetzt würde ich noch gerne etwas über die Zunftgebräuche hören, sicherlich gab oder gibt es noch solche."

"Das will ich meinen! Jeder Geselle muss sich verpflichten drei Jahre "fremd zu gehen", das heisst, von der Heimat wegzubleiben. Meister konnte nämlich nur werden, wer drei Jahre auf der Wanderschaft war. Die Marschrouten wurde ihm vom Altgesellen oder der Herbergsinnung vorgeschrieben. Er musste während der ganzen drei Jahre mindestens 50 Kilometer von der Heimat entfernt sein, durfte sich aber an keinem Ort länger aufhalten als sechs Wochen und einen Tag. Kam er in die Herberge, - die Zunft hatte in jeder Stadt eine Herberge - dann wurde er "ausgeschenkt". - "Was heisst denn das wieder?" - "Na, es wurde getrunken, es wurde gefeiert, die Schleife des Gesellen wurde an der Wand aufgehängt und er wurde ins Herbergbuch eingetragen. Die Zunft war früher sehr weit verbreitet. Die Gesellen reisten nach England, nach Spanien, sogar bis Aegypten kamen sie. Heute zwar reisen sie nicht mehr so weit, und es wird auch mit der Dauer des Aufenthaltes nicht mehr so genau genommen. Aber immer noch haben sie in jeder Stadt ihre Herberge, und zwar hat heute, wegen der Feindseligkeiten untereinander, jede der vier Gruppen ihre eigene. Es gibt heute noch ungefähr

20 obo zünftige Maurer= und Zimmergesellen."

"Und was geschieht nach den drei Jahren Wanderschaft?" - "Die Zimmerleute legen die Tracht ab und lassen sich in irgend einer Stadt als Meister nieder. Es ist kaum zu glauben, was für ein zahmer, behäbiger Bürgersmann aus so einem rauflustigen Gesellen werden kann!"

"Woher wissen Sie das eigentlich alles so genau?"

"Weil ich selber so ein rauflustiger Zimmergeselle und drei Jahre auf der Wanderschaft war".

L.L.H.

+ + +
Verurteilter Bürgermeister. Von der Potsdamer Strafkammer wurde nach dreitägiger Verhandlung der frühere Bürgermeister von Dahme, Wendland, wegen fortgesetzten Betruges zu 600 Mark Geldstrafe verurteilt. Wendland hatte Anleihe=Neubesitz zu Ungunsten des deutschen Reichs und des Freistaates Anhalt als Altbesitz angemeldet. In einer früheren Verhandlung war Wendland von der Potsdamer Strafkammer freigesprochen worden. Die Revisionsverhandlung war auf Anordnung des Reichsgerichts erfolgt.

+ + +
Eisdrama. In Erp (Holland, Provinz Brabant) wurden 14 Schlittschuhläufer auf einer plötzlich losgebrochenen Eisscholle abgetrieben. Schon nach wenigen Minuten brach die Scholle auseinander, alle Schlittschuhläufer fielen ins Wasser. Zwei ertranken, die andern wurden gerettet.

+ + +
Feuer im Schiff. Auf dem Hapag=Motorschiff "Friesland" (6 250 Tonnen) brach im Hamburger Hafengebiet infolge Selbstentzündung Feuer aus. Der Kapitän des Schiffes, das gerade zu einer Auslandsreise auslaufen sollte, liess sofort stoppen und in der Nähe einer Lotsenstation ankern. Die Hamburger Feuerwehr konnte das Feuer auf seinen Herd beschränken. Das Schiff musste seine Reise abbrechen.

+ + +
"Goethe und die Welt". Am 18. März wird die Preussische Akademie der Künste, der Goethe seit dem Jahre 1789 als Ehrenmitglied angehörte, eine grosse Goethe=Gedenkfeier veranstalten. Als Redner ist Thomas Mann vorgesehen. Am 19. März wird die Akademie ihre aus den Beständen der berühmten Leipziger Goethe=Sammlung Kippenberg zusammengestellte grosse Ausstellung "Goethe und die Welt" eröffnen. Etwa 2500 Ausstellungsobjekte sollen ein lebendiges Bild von Goethes Leben und Schaffen vermitteln.

+ + +
"Die Mitschuldigen". In der Dienstag=Sitzung im Berliner Sklarek=Prozess wurde das "Sicherungsverfahren" erörtert, das der Stadtbank zum Schutz der Sklarekkredite dienen sollte. Da die Bedingungen stets zu Gunsten der Sklareks abgeändert wurden, war daraus, wie der Vorsitzende feststellte, allmählich ein "Unsicherungsverfahren" geworden. Der Zeuge Stadtamtman Hoge, der seinerzeit die angeklagten Stadtbankdirektoren Hoffmann und Schmidt gegenwärtig hatte, verneinte die Frage des Vorsitzenden, ob nach seiner Meinung die Stadtbankdirektoren die Sklarek'schen Fälschungen gekannt hätten. Von den als Kreditunterlage eingereichten fingierten Rechnungen will Hoge erst bei der entscheidenden Revision im September 1929 etwas gemerkt haben. Noch einen Tag vor der Verhaftung der Brüder Sklarek, am 25. September 1929, musste Hoge auf Veranlassung von Stadtbankdirektor Schmidt an die Sklareks einen Kreditscheck von 440 000 Mark aushändigen. Ein aussergewöhnlich scharfes Kreuzverhör führte nun zu dem Ergebnis, dass Stadtbankdirektor Schmidt die Anweisung zu dieser letzten Auszahlung gab, als er bereits von den gefälschten Kreditunterlagen der Sklareks informiert gewesen sein muss; Hoge musste hier entgegen früheren Aussagen seinen Vorgesetzten belasten. Schmidt selbst erklärte: "Von

Betrügereien ist mir nichts gesagt worden. Das wird hier alles konstruiert... In dem Moment, als ich Hoge die Zahlungsanweisung gab, wusste ich nicht, dass die Sklareks die Täter seien".

Die neuen "Vierer". Die Ausgabe der neuen Vierpfennigstücke hat sich verzögert. Die neuen Münzen werden erst in etwa zwei Wochen in Umlauf gesetzt.

Gesuchter Millionen-Defraudant. Die Pariser Untersuchungsbehörde ersucht die Berliner Kriminalpolizei um Mithilfe bei der Fahndung nach dem Bankier Waisse aus Montpellier. Waisse wird wegen Unterschlagung von mehreren Millionen Francs steckbrieflich gesucht. Verschiedene Anzeichen deuten darauf hin, dass sich der Defraudant in Berlin verborgen hält.

"Krise der Schauspielerdirektionen". Der "Verband deutscher Bühnen-schriftsteller und Bühnenkomponisten" beschäftigte sich in seiner letzten ordentlichen Generalversammlung mit der Theaterkrise. In einer Entschliessung wird im Hinblick darauf, dass sich "die Leitung fast aller deutschen Theater in den Händen ehemaliger Schauspieler" befindet, festgestellt: "Die Krise des deutschen Theaters ist auch eine Krise der Schauspielerdirektionen, denen der innere Zusammenhang mit den lebendigen Kräften der Schauspielerzeugung fehlt. Der Verband stellt fest, dass die deutsche Oeffentlichkeit, insbesondere aber die deutschen Ministerien und Stadtbehörden, den dramatischen Autor noch immer nicht als zum Theater gehörend betrachten. Der Verband richtet an Ministerien und Stadtverwaltungen die Aufforderung, bei Ausschreibung von Intendanten- und Direktorenstellen die geistige Führung der Bühne im Auge zu behalten..."

Neuer Piccard-aufstieg? Der Assistent des Stratosphären-Fliegers Professor Piccard, Ingenieur Dr. Kipfel, ist in Augsburg eingetroffen. Kipfel will auf dem Startplatz der Ballonfabrik Riedinger Kontrollmessungen zur Vorbereitung eines zweiten Stratosphärenaufstiegs vornehmen. Der neue Stratosphärenballon wird von dem belgischen Physiker Cosayns geführt werden.

13 Bände Matuschka. Dem Untersuchungsrichter beim Landgericht Potsdam, Landgerichtsrat Eckardt, sind die Polizeiakten über den Jüterbogener Eisenbahnattentäter Silvester Matuschka zugegangen. Die polizeilichen Ermittlungsmaterialien füllen acht Hauptbände und fünf Nebenbände; ausserdem gehört zu dem Material eine grössere Denkschrift der mit der Matuschka-Untersuchung betrauten ehemaligen Berliner Kriminalkommissare. Ob zum Abschluss der Voruntersuchung gegen Matuschka eine Vernehmung des vorläufig in Wien noch in Haft befindlichen Attentäters notwendig ist, steht noch nicht fest.

Ein falscher Toter. Die Verwandten eines früheren Bahnbeamten Paul Ballo aus Schwerin an der Warthe erhielten eines Tages die Mitteilung, dass Ballo plötzlich verstorben sei. In Trauerstimmung reisten die Verwandten nach Schwerin. Zur Beerdigung kam es allerdings nicht. Der Tote lebte und erfreute sich bester Gesundheit. "Spasvögel" hatten sich den mehr als seltsamen "Scherz" geleistet, seinen Tod bekannt zu geben.

Polnische Städtepleite. Im Jahre 1931 sind nach einem Bericht des polnischen Städteverbandes 60 polnische Städte und Gemeinden gezwungen gewesen, ihre Wechsel zu Protest gehen zu lassen. Die Wechselgäubiger haben in mehreren Fällen die Büromöbel der zahlungsunfähigen Stadtverwaltungen pfänden lassen.

Gewerkschaftliche Rundschau ✖

Im Namen der Hungernden.

Scharfer Kampfruf der Gewerkschaften: Arbeit um jeden Preis! - Heraus aus der Gleichgültigkeit! - Beruft einen Krisenkongress ein! - Schluss mit dem Hoffen und Harren! - Sofortige Hilfe!

SPD. Arbeitsbeschaffung - das ist die zentrale Aufgabe der deutschen Wirtschaftspolitik in der nächsten Zukunft. Die Reparationskonferenz in Lausanne ist vertagt. Politische Ereignisse in Frankreich und Deutschland stehen zur Entscheidung. Die Wahl des Reichspräsidenten, die Wahlen zum preussischen Landtag, die Wahlen der französischen Kammer sollen vorerst die politische Entscheidung bringen, ehe an die wirtschaftliche Verständigung und an die endgültige Lösung des Reparationsproblems herangegangen wird. Wir können in Deutschland aber nicht solange warten, ohne den Versuch zu machen, durch Arbeitsbeschaffung der öffentlichen Hand die Not und das Elend, das die kapitalistische Wirtschaftsordnung heraufbeschworen hat, fühlbar zu mildern. Die freien Gewerkschaften haben daher am Dienstag auf ihrer Bundesausschusssitzung an alle zuständigen und verantwortlichen Stellen, vor allem an die Reichsregierung, Reichsbahn, Reichspost und Reichsbank, den dringenden Appell gerichtet, in gemeinsamer Arbeit mit den Vertretern der Wirtschaft eine Arbeitsbeschaffungsgrossen Stils beschleunigt in Angriff zu nehmen.

Die Situation im Kampf um die Beschaffung von Arbeit beleuchtete auf der Bundesausschusssitzung der Wirtschaftssekretär des ADGB Wilhelm Eggert durch einen anschaulichen Ueberblick. Das Arbeitslosenheer ist in Deutschland auf weit über 6 Millionen angewachsen. Deutschlands Anteil an der industriellen Weltproduktion ging von 12 % im Jahre 1928 auf 9 % im Durchschnitt des Jahres 1931 zurück. Seine Produktion für den Binnenmarkt ist im Zusammenhang mit der Schrumpfung der Massenkaukraft stärker gesunken als im Durchschnitt bei den übrigen Ländern. Furchtbar ist das Baugewerbe getroffen. In der ersten Januarwoche waren nur noch 14,3 % der Mitglieder des Baugewerksbundes in Arbeit. Kein Wunder, wenn die Zahl der Pläne, vorschläge und Forderungen zur Bekämpfung des Arbeitslosenelends Legion geworden ist. Im Anfang der Krise stand die Idee der Verteilung der Arbeit im Vordergrund der Diskussion. Der Bankkrach im vergangenen Sommer führte zu Vorschlägen für die Reform des Kredit- und Währungssystems. In der letzten Zeit beherrschten vor allem die Pläne für zusätzliche Arbeitsbeschaffung die Debatte. Nach wie vor halten die Gewerkschaften an ihrer Forderung nach der allgemeinen gesetzlichen 40stündigen Arbeitswoche fest. Die Doppelwährungspläne der Nationalsozialisten, die die Gefahr in sich bergen, dass eine Art "Armeleutegeld" eingeführt wird, lehnen die Gewerkschaften ab. Nach Auffassung des ADGB und des AfA-Bundes muss die landwirtschaftliche Siedlung nach Kräften gefördert werden. Sie bedingt aber erhebliche Geldmittel und fachliche Eignung des Siedlers. Die Stadtrand-siedlung bietet dem Siedler keine selbständige Existenz. In der augenblicklichen Notlage ist das Praktischste, den Arbeitslosen Kleingartenland (Schrebergärten) zur Verfügung zu stellen, weil hier mit geringen Mitteln immer noch die grösste Wirkung zu erzielen ist.

Eggert beleuchtete in seinem Ueberblick vor allem auch die Pläne der internationalen Arbeitsbeschaffung und die Arbeiten des Reichswirtschaftsrats zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. -

Im Mittelpunkt des Alarmrufs der Bundesausschusssitzung stand ein schar-

fer Appell des Bundesvorsitzenden Leipart an alle Verantwortlichen. Eindeutigen Ausdruck fand darin die unabwiesbare Notwendigkeit, endlich entscheidende Schritte zur Lösung des Arbeitslosenproblems zu tun.

Aus dem Millionenheer der Arbeitslosen, erklärte Leipart, gelte uns heute der Schrei nach Arbeitsbeschaffung entgegen. Weite Kreise der Öffentlichkeit sind heute so abgestumpft gegen das Elend, das seit Jahren das tägliche Brot von unzähligen jungen und alten Menschen in Deutschland ist, dass sie keinen Begriff mehr von der Not haben, die in den wachsenden Ziffern der Arbeitslosigkeit verborgen ist. Die Zeitungen machen kaum noch Aufhebens davon, wenn die Flut der Arbeitslosigkeit Monat um Monat ansteigt. Die Gewerkschaften dürfen diesen Zustand der Gleichgültigkeit gegenüber dieser drängendsten Aufgabe der Zeit nicht dulden. Von dieser Tagung des Ausschusses muss der Verzweiflungsschrei der Massenverstärkt weitergegeben werden, damit er endlich Gehör findet. Die Gewerkschaften müssen ein Stück ihrer wohlüberlegten Haltung, ihrer kühlen Mässigung aufgeben; denn offenbar ist es sonst nicht möglich, eine Änderung zu erzwingen und die verantwortlichen Stellen aus ihrer Passivität aufzuscheuchen. Sie wissen, dass eine Lösung des Arbeitslosenproblems schwierig ist. Sie wissen, dass die Finanzierung der Arbeitsbeschaffung heisse umstrittene Fragen aufwirft. Aber eine Lösung muss gefunden werden. Es ist keine Zeit mehr zu verlieren.

Im Namen aller deutschen Arbeiter, im Namen der ungezählten Frauen und Männer, die seit Jahr und Tag ohne Arbeit sind, muss der Bundesausschuss seine Stimme erheben. Ich halte es für notwendig, dass wir vor einem grösseren Forum unserer Forderung leidenschaftlichen Ausdruck geben. Ein Krisenkongress muss einberufen werden, auf dem wir öffentlich Anklage erheben wollen gegen die Regierung, gegen den Kapitalismus. Von Notverordnung zu Notverordnung stieg das Elend, von jener ersten Notverordnung an, die im Dezember 1923, als die sozialistische Reaktion ihre ersten Triumphe feierte, die Verlängerung der Arbeitszeit brachte bis zu den Notverordnungen der letzten Jahre, die den Lebensraum der deutschen Arbeiterschaft unerträglich einengte. Im Juni 1931, als die zweite Notverordnung erlassen wurde, betrug die Zahl der Arbeitslosen 4,1 Millionen, im Oktober, als die dritte Notverordnung Wirtschaft und Finanzen angeblich sicherte, war sie auf 4,7 gestiegen. Sie wuchs auf 5,3 Millionen, bis die vierte und wie es hiess - letzte verhängt wurde, und wiederum ist die verordnete Not der Massen bis heute auf die ungeheuerliche Zahl von 6 bis 7 Millionen Menschen weiter gesteigert worden. Wenn die Politik der Reichsregierung darauf angelegt wäre, immer neue Arbeitslosigkeit zu erzeugen, könnte die Not nicht grösser sein.

Die Delegierten des Frankfurter Kongresses könnten zu einem ausserordentlichen Krisenkongress zusammentreten, der nicht länger als ein bis zwei Tage zu dauern braucht. Wir müssen die Regierung, wir müssen den Reichskanzler auffordern, auf diesem Kongress zu erscheinen. Denn wir müssen von den verantwortlichen Stellen verlangen, dass mit allen verfügbaren Mitteln endlich wirkliche Abhilfe geschaffen wird.

+ + +

Das Finanzproblem der Arbeitsbeschaffung wurde auf dem Bundesausschuss des ADGB eingehend von Tarnow, dem Vorsitzenden des Holzarbeiterverbandes, Bachem, dem Direktor der Arbeiterbank, und Naphtali von der Forschungsstelle kritisch beleuchtet.

Die Schwierigkeit der Arbeitsbeschaffung, führte Tarnow aus, liegt in der Finanzierung. Die öffentliche Hand verfügt über keine flüssigen Mittel. Das Versagen des Kreditsystems hat bereits dazu geführt, dass die Weiterführung der Wirtschaft so gut wie unmöglich geworden ist. Bedeutet das aber, dass wir alle uns hinlegen und sterben müssen? Nein, der fehlende Kredit muss so oder anders ersetzt und ins Leben gerufen werden. Wir denken an die Beschäftigung für eine Million Arbeiter. Das erfordert einen Aufwand von etwa 2 Milliarden Mark. 600 Millionen davon werden von vornherein durch die freiwerdenden

Arbeitslosenunterstützung gedeckt, wozu noch Steuern und soziale Abgaben der Neubeschäftigten kommen. Es bleibt also eine zusätzliche Kaufkraft von höchstens 1,2 Milliarden Mark übrig. Das würde eine Erweiterung der Kaufkraft der Bevölkerung um 1 bis $1\frac{1}{2}$ Prozent bedeuten. Eine Inflationsgefahr von der Kaufkraftseite her kann dabei nicht entstehen. Der steigenden Nachfrage wird die Erweiterung der Produktion folgen, sodass eine fühlbare Preissteigerung das wichtigste Merkmal der Inflation nicht eintreten kann. Auch die Amerikaner suchen jetzt den Ausweg aus der Krise in einer Kreditausweitung. Sie haben es natürlich leichter als wir. Unsere Meinungsverschiedenheiten über den Finanzierungsplan durch Kreditschöpfung darf uns jedenfalls nicht hindern, aus dieser bestimmten Idee eine politische Aktion zu machen. Wir müssen uns darauf beschränken, das Prinzip der aktiven Kulturpolitik durch Arbeitsbeschaffung herauszustellen. Darin sind wir uns einig. Das Finanzierungsproblem kommt ohnedem auf uns zu. Es wird auch aus anderen Gründen sehr bald aktiv werden und wir müssen nur darauf achten, dass Massnahmen kreditpolitischer Natur, wenn sie ergriffen werden, auch für die Arbeitbeschaffung eingesetzt werden. Geheimrat Sachem beleuchtete das Wagemann-Projekt. - Naphtali von der Forschungsstelle betonte gegenüber Tarnow, der Ruf nach Arbeitsbeschaffung dürfe nicht Illusionen wecken. Wenn man 200 000 Mann durch die öffentliche Hand in Arbeit bringe, so sei das ein Einfolg. Die Schwierigkeiten der Finanzierung seien zu gross, als dass man tatsächlich 1 Million Arbeiter in Beschäftigung bringen könne. Wehrscheinlich würde man mindestens 3 Millionen Mark zusätzliche Verschuldung der öffentlichen Hand zur Beschaffung von Arbeit für 1 Million Arbeiter brauchen. Das müsse zu Kreislaufstörungen führen und die Währung gefährden. Demgegenüber scheine es notwendig auf dem normalen Anleiheweg der öffentlichen Hand Kapital zur Arbeitsbeschaffung zur Verfügung zu stellen. Es handle sich dabei auch um das gehortete Geld in Höhe von etwa 1 Milliarde, das nur aus Furcht, die Banken könnten in irgend einer möglichen Situation nicht mehr zahlen, gehortet worden sei. Eine aktive Konjunkturpolitik sei nicht mit dem Ruf nach Arbeitsbeschaffung erschöpft. Auch gute Aussenpolitik und Handelspolitik seien wichtige konjunkturpolitische Faktoren.

Naphtalis Kritik beantwortete Tarnow zu Beginn der Aussprache vor allem mit dem Hinweis, dass währungs- und kreditpolitische Massnahmen bestimmt kämen. Es sei aber viel gefährlicher, wenn diese Massnahmen auf Entschlüssen beruhten die von Tag zu Tag gefasst würden, als wenn sie planmässig vorbereitet seien. Eine objektive Inflationsgefahr könne sich aus der Durchführung der Kreditausweitung nicht entwickeln, wohl aber aus den Folgen der Deflation, wenn man zur Geldschöpfung für die Zwecke der öffentlichen Haushalte gezwungen sei. Der normale Anleiheweg stehe nur offen, wenn das Kreditsystem normal funktioniere. In einer aussergewöhnlichen Situation müsse man auch den Mut zu äussergewöhnliche Massnahmen haben.

Allgemein wurde in der Aussprache die Bedeutung des internationalen Misstrauens als Krisenursache anerkannt; es wurde aber auch nachdrücklich hervorgehoben, dass Deutschland auf die Wiederherstellung des internationalen Vertrauens nicht warten könne. Für die Banken und für die Landwirtschaft seien Mittel vorhanden gewesen, also müssten auch für die Arbeitsbeschaffung Mittel da sein. Man müsse damit rechnen, dass sich die wirtschaftliche Lage weiterhin verschlechtere, dann Arbeitslosigkeit erzeuge neue Arbeitslosigkeit. Gegenüber der Inflationsgefahr bei Kreditausweitung müsse man bedenken, dass das Volk, wenn es die Ueberzeugung gewinne, die Regierung sei auf dem Weg, die Arbeitslosigkeit zu überwinden, auch stärkeres Vertrauen zum Staate habe. Für die Belebung des Baugewerbes müsse unbedingt etwas geschehen. Die Bauarbeiter hätten der Regierung einen gangbaren Weg zur Finanzierung neuer Bautätigkeit gewiesen. Jedenfalls sei der Zeitpunkt für einen Aisenkongress der deutschen Gewerkschaften jetzt gegeben. Die Lösung der gegenwärtigen grossen Schwierigkeiten könnten nicht mehr auf der Ebene des kapitalistischen Systems gesucht werden.

Notwendig sei daher ein Programm positiver Forderungen mit sozialistischem Charakter. Auch weite Kreise des Bürgertums seien heute ja bereits sozialistischen Ideen zugänglich. Die Gewerkschaften müssten beim Kampf um einen Weg aus der Krise die Führung übernehmen.

Der Bundsvorsitzende Leipart schloss die Debatte mit der Feststellung, dass die Gewerkschaften nunmehr ihre Forderung nach Arbeitsbeschaffung zweifellos mit grösserer Sicherheit und besser fundierten Gründen in der Öffentlichkeit vertreten könnten als bisher.

Die Beratungen des Bundesausschusses fanden nach Annahme einer Entschiessung zur Arbeitsbeschaffung und nach dem Beschluss, einen Krisenkongress nach Berlin einzuberufen - wir berichten darüber im politischen Teil - ihren Abschluss mit der Wahl des bisherigen Sekretärs im Bundesbüro Ernst Schulze zum Bundeskassierer. Schulze wurde ohne Aussprache einstimmig gewählt.

SPD. Durch Verordnung der Reichsregierung sind nunmehr auch die im Aachener Steinkohlenbergbau unter Tage beschäftigten Angestellten und ihre Arbeitgeber mit Wirkung vom ersten Januar bis zum 31. März 1932 von der Beitragspflicht zur Arbeitslosenversicherung befreit worden.

SPD. Bei der Firma Martin & Pagenstecher A.G. in Köln-Mühlheim wechselte der Direktor Martin "wegen vorgeschrittenen Alters" kürzlich aus dem Vorstand der Gesellschaft in den Aufsichtsrat hinüber, "um seine wertvolle Mitarbeit dem Unternehmen zu erhalten". So steht es im Geschäftsbericht der Firma. Wie der "Rheinischen Zeitung" mitgeteilt wird, sind bei der gleichen Firma gerade in letzter Zeit eine Anzahl Arbeiter entlassen worden, die 20 Jahre und länger ihre wertvolle Arbeitskraft dem Betriebe gewidmet haben. Sie sind rücksichtslos durch jüngere Leute ersetzt worden. Aber es waren ja auch nur Arbeiter und keine Direktoren!

SPD. Der finanzielle Zusammenbruch der westoberschlesischen Knappschaft steht vor der Tür. Bei der Vorberatung des Haushaltsplanes der Knappschaft für das Rechnungsjahr 1932/33, die dieser Tage erfolgte, ergab sich, dass ein Ausgleich der Einnahmen und Ausgaben in der Pensions- und Krankenkasse nicht möglich ist. In der pensionskasse reichen die einlaufende Beiträge längst nicht mehr zur Befriedigung der Leistungsansprüche aus. Es ist völlig ungeklärt, wie nach dem 31. März noch die Bezüge aus der Pensionskasse sichergestellt sein sollen. Ausserdem ist die Krankenkasse, obwohl nur noch Pflichtleistungen gewährt werden, in bedenkliche Schwierigkeiten geraten.

Die Wiedergesundung der Knappschaft setzt durchgreifende Sparmassnahmen voraus. Insbesondere in den Krankenhäusern werden starke Einschränkungen der Aufwendungen für die Kranken unvermeidlich sein. Ferner droht eine Beitrags-erhöhung um mindestens 2 v.H.

Die Bergleute weisen mit Recht darauf hin, dass eine Erhöhung der Beiträge in Widerspruch stehe zu dem Sinken der Löhne und zu dem Ueberhandnehmen der Preierschichten.

Wirtschaft Technik Handel

Börse ohne Mund!

Die Kapitalmärkte sollen wieder arbeiten.

SPD. Wenn die Börsenvorstände zustimmen - und daran ist wohl nicht zu zweifeln -, werden die Börsen in den nächsten Tagen wieder geöffnet. Man glaubt aber, auf gewisse Sicherheitsschalter nicht verzichten zu können, um nicht böse Erfahrungen nochmals zu machen; hat aber dabei ohne Zweifel die Vorsicht übertrieben: Wir werden vor allem eine Börse ohne Kurierer erhalten, also eine Börse ohne Mund, eine Börse ohne Vertrauen.

Als die Bankenkrise im Sommer 1931 offenbar wurde, schlossen sich mit den Bankschaltern auch die Börsentore. Der Versuch, sie im September 1931 wieder zu öffnen, scheiterte. Die Vorgänge in London, die Aufgabe der Goldwährung in England boten eine bequeme Ausrede für die Wiederschliessung, für die Tatsache, dass die Sache nicht ging. Dann kamen die massierten Verkäufe von deutschen Werten durch das Ausland, die Zinssenkungen, die Unklarheit über die Bewertung von Wertpapieren in den Bilanzen, schliesslich das Hängen und Würgen um das neue Stillhalteabkommen. Alles das waren Dinge, die es ratsam erscheinen liessen, die Börsen geschlossen zu halten. Der wirkliche Grund war aber wohl der, dass die Krise den ganzen Kapitalmarkt in Unordnung gebracht hatte. Reserven, in guten Jahren angesammelt und in Wertpapieren festgelegt, wollen jetzt realisiert, wollen zu barem Geld gemacht werden und drängen an die Börsen. Nach gleicher Richtung wirkt die Inflationsfurcht der Bevölkerung, das Horten von Banknoten, das Ansammeln von Spargeldern im Strumpf. Auf dem Wertpapiermarkt musste unter Einwirkung dieser Faktoren ein ungeheures Angebot entstehen, dem nur eine winzige Nachfrage gegenüber stand. Es ist genau derselbe Vorgang, wie wir ihn bei den Sparkassen im vergangenen Jahre erlebt haben, Mangel an Vertrauen, nur dass hier die grossen Sparer in Frage kommen. Die Desorganisation des ganzen Kapitalmarktes führte zu katastrophalen Kursstürzen. Man kann sie mit rund 75 Prozent annehmen. Demgegenüber tat man eigentlich nichts. Man belies es bei den geschlossenen Börsen und verbot die Veröffentlichung von Kursen, also die Angabe von Preisen, die für Wertpapiere gezahlt wurden.

Nun glaubt man, dass sich die Dinge geändert haben. Wenn man Leuten, die es wissen müssten, Glauben schenken will, dann hat sich das Vertrauen zu den deutschen Wertpapieren gebessert, sind Angebot und Nachfrage mehr angeglichen als früher. Jedenfalls hat sich die Regierung diese Auffassung zu eigen gemacht und ist zu dem Entschluss gekommen, es abermals mit der Börsenöffnung zu versuchen. Dass man diesen Versuch äusserst zaghaft unternimmt, ist eine besondere Sache für sich und wirklich nicht geeignet, das Vertrauen des Publikums zu fördern. Andererseits hat sich aber eine Situation herausgebildet, die immer unträglicher wird. Wertpapiere werden heute nicht an den Börsen gehandelt, sondern von Bank zu Bank, im sogenannten Telefonverkehr, der nichts anderes ist, als eine geduldete Schwarz Börse. Dass dabei die Banken und die Makler, die in den Telefonzellen sitzen, verdienen und nicht die Sparer, die ihre Papiere verkaufen wollen oder müssen, versteht sich von selbst; auch das andere, dass die Sparer nicht gern ihr Geld in ein Geschäft geben, das sozusagen unter Ausschluss des Käufers von Wertpapieren, unter Ausschluss der Öffentlichkeit, ohne jede Kontrolle ausgemacht wird. Man hätte diesem Zustand schon vor Wochen ein Ende machen müssen. Die Börsen sind für die Öffnung reif.

Dem entspricht die Oeffnung, wie sie jetzt durchgeführt werden soll, keineswegs. Einmal sollen keine Exekutionen, keine Zwangsversteigerungen vorgenommen werden. Es versteht sich von selbst, dass sich in den Monaten, seitdem die Börse nicht mehr funktioniert, solche Wertpapierbestände angesammelt haben, die beliehen worden sind und deren Wert stark gefallen ist, die nicht mehr eingelöst werden können und für die auch keine Zinsen mehr gezahlt werden. Das sind schwach gewordene Bestände. Die Gläubiger wollen sie zu Geld machen und könnten das, wenn die Börse richtig funktionierte, indem sie zwangsversteigert werden. Zwangsversteigerungen drücken aber den Kurs. Deshalb will man von solchen Exekutionen vorerst absehen, sie nur, wenn es nicht anders geht, mit Zustimmung des Ministers vornehmen. Damit könnte man sich abfinden. Schlimm ist jedoch die andere Bestimmung, dass die erzielten Preise für Wertpapiere, die Kurse, auch in Zukunft nicht veröffentlicht werden dürfen. Die dahin gehende Verordnung der Reichsregierung bleibt bestehen. Was man damit erreichen will, ist unerfindlich. Man hat das Veröffentlichungsverbot getroffen, um in kritischen Tagen die Panik nicht zu fördern. Heute hat das keinen Sinn mehr. Heute kann die Tatsache, dass die Kurse nicht publiziert werden, nur das aufkeimende Vertrauen zerstören. Eine Börse ohne Kursnotiz ist eine Börse ohne Mund, ist schliesslich nichts anderes als der in die Börsensäle verlegte Telefonverkehr.

Ein wichtiger Grund dafür, dass die Sparer den Kapitalmarkt meiden, bleibt mit dem Veröffentlichungsverbot bestehen. Rund eine Milliarde Mark sollen in Deutschland gehamstert sein, vielleicht ist es noch mehr Geld, das mit Verlust in Strümpfen aufbewahrt wird. Das geht nun schon seit Monaten und das Grübeln weiter Sparer-schichten, wie man sich vor Zinsverlusten bewahren kann, ist schon begreiflich. Ohne Zweifel ist die Neigung, sein Geld sicher und gewinntragend anzulegen, in den letzten Wochen gewachsen. Der Zweck der Wiederöffnung der Börsen soll nun doch sein, dem Publikum gute Anlagewerte in die Hand zu geben. Darauf scheint uns das vorliegende Projekt der Börsenöffnung nicht abgestellt zu sein. Andererseits wird man sich fragen, wie es um die Anlagepapiere, die die Börse bietet, in Wirklichkeit steht? Man wird sich fragen, ob man seine Spargelder wieder den Industriegesellschaften anvertrauen kann, die sich über die Börse Kapital beschaffen? Und da wird man sich die Bilanzen genau ansehen. Hier ist aber die notwendige Generalbereinigung nicht erfolgt. Die Bilanzen der deutschen Industriegesellschaften sehen in der Mehrzahl nicht danach aus, dass man ihre Aktien als Anlagepapiere kaufen kann. Auch das ist ein Faktor, den man anscheinend bei dem neuen Versuch, wieder zu einem Börsenverkehr zu kommen und den Kapitalmarkt in Funktion zu setzen, übersehen hat.

SPD. Seit langem weiss man, dass die grossen Reedereien an der Wasserkasse festsetzen und als die Schröderbank in Bremen während des vorigen Jahres zusammen brach, erfuhr man auch, dass der stolze Lloyd arg zu kämpfen habe. Die Krise der Seeschifffahrt ist ein besonderes Kapitel in der Geschichte der gegenwärtigen Depression.

Dieses Kapitel geht darauf zurück, wie man die deutsche Flotte nach dem Kriege wieder aufgebaut hat. Sicherlich hat man dabei Wunder der Technik geleistet, vom Ausland angestaunt und von der ganzen Welt verherrlicht. Wir erinnern nur an die beiden Riesenschiffe des Lloyd, "Bremen" und "Europa", deren technische Ueberlegenheit wohl noch für Jahre vorhalten wird. Aber der Aufbau vollzog sich so stürmisch, dass die Sicherheitsventile, die das kapitalistische System zu bieten vermochte, nicht ausreichten. Es kam zu einem Wettbauen, zu einem tollen Durcheinander. Fehlinvestitionen häuften sich auf Fehlinvestitionen. Fehlinvestitionen sind z.B. auch die beiden oben genannten Wunderschiffe trotz aller technischen Leistung. Wo sich Ansätze zur Planmässigkeit und zur Ordnung zeigten, arteten sie, dem kapitalistischen System entsprechend, in eine hemmungslosen Konkurrenzkampf mit seinen unvermeidlichen Riesenverlusten aus.

in dessen Mittelpunkt der Norddeutsche Lloyd-Bremen und die Hapag-Hamburg standen. Sie schluckten die kleinen, in ihrer Art bedeutungsvollen und auch rentablen Linien, die Hamburg=Süd, Austral=Kosmos, die Stinneslinie usw. Das hat alles viel Geld gekostet. Als sich die beiden Riesenkonkurrenten, der Lloyd und die Hapag, zur Union zusammen taten, um den Konkurrenzkampf zu mildern, war es bereits zu spät. Das Kind war in den Brunnen gefallen.

Von Bedeutung ist dabei die Art, wie die Finanzierung des Aufbaus durchgeführt wurde. Abgesehen von den Reichssubventionen standen dafür die sogenannten amerikanischen Freigabegelder, also die Gelder, die Amerika für die während des Krieges beschlagnahmten Schiffe, Häuser usw. an die deutschen Reedereien zurückzahlte, zur Verfügung. Die Auszahlung erfolgte aber in Raten. Um greifbare Mittel zu erhalten, wurde die Ratenzahlung zur Grundlage eines grossen Kredits gemacht, den die deutschen Banken in Höhe von 80 bis 90 Millionen Mark gaben. Dazu kamen Anleihen in Holland, etwa 18 Millionen Mark, Verpfändung grosser Aktienpakete, ebenfalls nach Holland, von denen die Kontrolle wichtiger Linien, z.B. der Hamburg=Süd anhängt. Das ging alles gut, solange Konjunktur in der Welt war. Das konnte nicht gut gehen, als die Krise einsetzte, die Einnahmen sanken, die Konkurrenz auf den Meeren zu Frachtraten drückte, als sich herausstellte, dass ein Ueberangebot an Schiffen vorhanden war, und als schliesslich auch die Entwertung des englischen Pfundes die Rentabilität verschlechterte. Die deutschen Reedereien sassen damit fest, vor allem die Hapag, Lloyd=Union, die vier Fünftel der grossen deutschen Seeschifffahrt beherrscht und kontrolliert.

Das Reich ist seinerzeit den Reedereien beigesprungen. Auf seine Veranlassung gab die dem Reich gehörende Reichskreditgesellschaft den grossen Reedereien einen sogenannten Ueberbrückungskredit von 20 Millionen Mark, wovon allein 16 Millionen Mark auf die Hapag=Lloyd=Union entfallen. Der Zinssatz soll 11 Prozent betragen. Dieser Ueberbrückungskredit ist überdeckt; u.a. sind Einnahmen der Reedereien (Freigabegelder?) dafür verpfändet. Dieser Ueberbrückungskredit ist aber keine Brücke zum Besseren geworden und konnte es nie sein. Die Banken wollen ihre Riesenkredite zurückhaben. Auch muss bis zum April die holländische Schuld abgelöst werden. Der Schuh drückt arg. Der Schrei, dass das Reich weiter helfen soll, lässt sich schon verstehen.

Das Reich hat schon Hilfe gewährt, indem sich der Reichsverkehrsminister Treviranus bereit erklärte, sogenannte Abwrackprämien in Höhe von 30 Mark pro Tonne zu zahlen. Wenn man hier auch den Zweck verfolgt, Angebot und Nachfrage an Schiffsraum auszugleichen, handelt es sich hier um eine nicht unbeträchtliche Subvention in Höhe von immerhin rund 4 Millionen Mark; denn es ist schliesslich gleichgültig, ob ein Schiff, das man menschlichem Ermessen nach doch nicht mehr in Dienst stellen können wird, still liegt oder ob man es abwrackt. Mit dieser Abwracksubvention sind aber die Dinge selbstverständlich nicht in Ordnung gebracht. Sie können auch nur in Ordnung kommen, wenn bei den grossen Reedereien, also in der Hauptsache beim Lloyd und bei der Hapag, gemachte Fehler korrigiert werden. Wie man das machen will, darüber schweben Verhandlungen. Man spricht u.a. von einer Vollfusion dieser beiden Institute, aber auch davon, die Mammutunion wieder in kleine Gesellschaften zu zerlegen, den Koloss also elastischer und anpassungsfähiger zu machen. Jedenfalls scheint das Reich, als es den Ueberbrückungskredit für den Monat März - angeblich zum letzten Mal - verlängerte, bestimmte Forderungen gestellt zu haben, mit der eindeutigen Erklärung, dass etwas geschehen müsse. Man hat dem Reich vorgeworfen, dass es die alant bei den Grossreedereien benutzen wolle, um Einfluss auf die Seeschifffahrt zu erhalten, und sich über derartige Absichten in der Öffentlichkeit fürchterlich entrüstet. Ganz umsonst. Wenn es nach Ansicht der Reeder ohne Staatshilfe nicht geht - und die Reeder haben ja mit den der Regierung vorzulegenden Plänen über eine Reorganisation die beste Gelegenheit zu zeigen, ob es ohne Staatshilfe geht - dann ist es ganz natürlich, dass der Staat, falls er schon Geld rauswirft, dieses Geld durch entsprechende Kontrolle sichert.

Berliner Viehmarkt.

(16. Februar.)

SPD. Bei glattem Handel und bei genügender Zufuhr gaben die Preise auf dem Schweinemarkt nach, wenn auch die Abflachung nicht besonders gross ist. Der Hammelmarkt konnte die Preisverluste, die er am vorletzten Markttag zu verzeichnen hatte, wieder einholen. Das Angebot war aber hier nicht ausreichend. Der Kälbermarkt behauptete die alten Preise. Der Handel gestaltete sich hier ruhig. Auf dem Rindermarkt genügte der Auftrieb.

Notierungen: Schweine: a) (über 300 Pfd.) - (-), b) (240-300 Pfd.) 42 (42-43), c) (200-240 Pfd.) 40-41 (40-42), d) (160-200 Pfd.) 37-39 (38-40), e) (120-160 Pfd.) 33-35 (35-37). Sauen 38-39 (38-40). Schafe: b) 38 = 40 (36-38), c) 35-37 (32-35), d) 27-30 (22-30). Kälber: b) 38-44 (38-45), c) 30-37 (30-37), d) 20-28 (20-28). Kühe: a) 24-26 (26-28), b) 20-23 (22-25), c) 16-19 (17-20), d) 12-15 (14-16).

SPD. Die Hamburger Konsumentenkommission - wir haben diese Einrichtung leider nur in Hamburg; sie hat in der Art, wie die Handelskammern und die Handwerkskammern die Interessen von Handel und Gewerbe wahrzunehmen, die Interessen der Verbraucher zu vertreten - beschäftigte sich im Anschluss an den Jahresbericht für 1931, den Hugo Bästlein vom Zentralverband Deutscher Konsumvereine gab, u.a. auch mit den Massnahmen der Reichsregierung, zu einer erheblichen Senkung des Preisniveaus zu kommen. Die Kommission bezeichnet es als untragbar, dass das Preisniveau für die landwirtschaftlichen Produkte auf die Dauer völlig vom Weltmarkt gelöst werde. Ferner warnte sie vor den Bestrebungen, einen Konzessionszwang für Gross- und Filialbetriebe einzuführen, da eine solche Massnahme nicht der Preissenkung, sondern der künstlichen Ausschaltung unweiblicher Konkurrenz, die bisher den Verbrauchern manchen Vorteil gebracht hat, dienen soll. Die Kommission wendete sich ferner gegen die erhöhte Umsatzsteuer für Grossbetriebe und die Aufhebung der Freizügigkeit des Warenverkehrs durch beschränkende Ausgleichssteuern für Fleisch, wie sie in Bayern und Sachsen eingeführt und für Preussen in Aussicht genommen seien. Im Zusammenhang mit der Preissenkungsaktion wird eine Herabsetzung der öffentlichen Tarife und eine Beschränkung der öffentlichen Ausgaben durch weitgehende Verwaltungsreformen für notwendig gehalten.

SPD. Der Bremer Vulkan hat von der Standard Oil Company den Auftrag auf beschleunigte Fertigstellung von zwei Tankmotorschiffen von je 16 000 Tonnen Tragfähigkeit erhalten. Um den Auftrag termingemäss durchführen zu können, hat sich der Bremer Vulkan entschlossen, 1 000 Arbeiter neu einzustellen.

SPD. Das nordamerikanische Bankgesetz, das eine Reform der Notendeckung und eine Kreditausweitung vorsieht, wurde im Repräsentantenhaus mit 350 gegen 15 Stimmen angenommen.

Schlechteres Mehlgeschäft.

(Berliner Getreidebörse vom 16. Februar.)

SPD. An der Berliner Produktenbörse konnte sich am Dienstag eine etwas ruhigere Stimmung durchsetzen. Die Mühlen halten neuerdings mit ihren Einkäufen etwas mehr zurück und sind bestrebt, prompte Ware zu billigeren Preisen zu erhalten. Das gelang ihnen allerdings nicht, da die Landwirte ihre Forderungen durchaus nicht ermässigt haben. Demzufolge blieb auch die Notierung für prompten Weizen behauptet, während Roggen seinen Kurs sogar um eine Mark befestigen konnte. Am Markte der Zeitgeschäfte ging dagegen Weizen um 1 Mark, Roggen um eine halbe Mark zurück. Das Mehlgeschäft das am Montag etwas lebhafter war, war am Dienstag wieder sehr ruhig geworden. Käufe erfolgten nur in dringendsten Fällen. Die Forderungen der Mühlen lauteten unverändert. Hafer hatte stetige Tendenz. Das Angebot war ausreichend, während der Konsum nur geringe Kauflust zeigte.

	15. Febr.	16. Febr.
	(ab märkische Station in Mark.)	
Weizen	246 - 248	246 - 248
Roggen	195 - 197	196 - 198
Braugerste	162 - 169	162 - 169
Futter- und Industrierogerste	154 - 158	154 - 158
Hafer	144 - 151	144 - 151
Weizenmehl	29,75 - 33,75	29,75 - 33,75
Roggenmehl	27,85 - 29,50	27,85 - 29,50
Weizenkleie	9,60 - 9,90	9,60 - 9,90
Roggenkleie	9,60 - 9,90	9,60 - 9,90

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen März 257 und Geld (Vortag 258), Mai 265½ und Geld (266½), Roggen März 204 (204½), Mai 210¼-211 (211½), Hafer März 157¼-158-157¼ (158½), Mai 163¼ (164).

Rauhfutternotierungen.

Drahtgepresstes Roggenstroh (Quadratballen)	o o o o o	R _H	0,80	=	1,--
" " Weizenstroh "	o o o o o	R _H	0,60	=	0,70
" " Haferstroh "	o o o o o	R _H	0,65	=	0,80
" " Gerstenstroh "	o o o o o	R _H	0,65	=	0,75
Roggen=Langstroh, 2 Mal mit Stroh gebündelt	o o o o o	R _H	0,85	=	1,--
Bindfadengepresstes Roggenstroh	o o o o o	R _H	0,75	=	0,85
" " Weizenstroh	o o o o o	R _H	0,60	=	0,70
Häcksel	o o o o o	R _H	1,35	=	1,55
Handelsübliches Heu, gesund und trocken	o o o o o	R _H	1,20		
Gutes Heu, gesund und trocken	o o o o o	R _H	1,70		
Luzerne, lose	o o o o o	R _H	2,40		
Thymothee, lose	o o o o o	R _H	2,35		
Kleeheu, lose	o o o o o	R _H	2,25		

Preussischer Landtag

274. Sitzung.

SPD. Berlin, den 16. Februar 1932.

In der Dienstag-Sitzung des Preussischen Landtages fordert Abg. Schwenk (Komm.) die Beratung eines Antrags seiner Fraktion, der die Regierung auffordert, das Verbot der "Roten Fahne" unverzüglich wieder aufzuheben. - Die sofortige Beratung des Antrags scheidet am Widerspruch der Sozialdemokraten.

Abg. Borck (Dnat.) verlangt, dass der Landtag als ersten Punkt der Tagesordnung einen deutschnationalen Antrag behandle, der Einwirkung auf die Reichsregierung fordert, alle nur möglichen Massnahmen gegenüber der litauischen Regierung anzuordnen und dabei gegebenenfalls auch Repressivmittel nicht zu scheuen, um dem vergewaltigten Deutschtum im Memelland zu seinem Rechte zu verhelfen. Der Antrag wird mit Rücksicht auf die Geschäftslage des Hauses ohne Aussprache dem Verfassungsausschuss überwiesen.

Das Haus beschäftigt sich dann mit dem Antrag des Verfassungsausschusses, worin das Staatsministerium ersucht wird, anzuordnen, dass bis zur gesetzlichen Festlegung eines Volkstrauertags die öffentlichen Gebäude an dem jeweils gefeierten Volkstrauertag halbmast zu flaggen haben.

In der Aussprache lehnt Abg. Schulz-Neukölln (Komm.) den Ausschussantrag ab und empfiehlt die Annahme eines Antrages seiner Fraktion, wonach den Kriegsbeschädigten alljährlich am 9. November eine grössere Unterstützung gezahlt werden soll. Als der Redner beleidigende Aeusserungen gegenüber den Sozialdemokraten macht, weil diese "die Frechheit besässen hätten", den kommunistischen Antrag im Ausschuss abzulehnen, erhält er einen Ordnungsruf. Der Abg. Kasper (Komm.) wird wegen mehrerer Zwischenrufe zweimal zur Ordnung gerufen und auf die Folgen eines dritten Ordnungsrufes aufmerksam gemacht.

Abg. Falk (Staatsp.) weist Angriffe des Vorredners zurück und wirft den Kommunisten vor, dass sie durch ihren Antrag mit den Kriegsbeschädigten Schindluder trieben. Der Landtag könne überhaupt nicht über den kommunistischen Antrag beschliessen, da Reichsgesetze den darin enthaltenen Forderungen entgegenständen.

Ein Regierungsvertreter teilt mit, dass das Staatsministerium beschlossen habe, am 21. Februar, dem Volkstrauertage, die öffentlichen Gebäude in Preussen halbmast flaggen zu lassen. - Durch diese Erklärung wird der Antrag des Verfassungsausschusses, der auf einen Antrag der Deutschen Volkspartei zurückgeht, für erledigt erklärt. Als der Präsident erklärt, dass in diesem Falle auch über den kommunistischen Änderungsantrag nicht abgestimmt werden kann, rufen die Kommunisten: "Wir bringen ihn wieder ein."

Das Haus beginnt hierauf die Beratung der zu den preussischen Sparverordnungen eingebrachten Anträge, die inzwischen den Hauptausschuss beschäftigt haben. Für die Regierung nimmt Finanzminister Klepper an den Verhandlungen teil. Die einzelnen Sachgebiete werden, jedes für sich, nach einander getrennt beraten.

Zum allgemeinen Abschnitt, der den Sachgebieten verangestellt ist, berichtet Abg. Dr. v. Winterfeld (Dnat.) über die Ausschussverhandlungen. Er weist darauf hin, dass die Anträge auf Aufhebung der letzten preussischen Sparverordnung im Ausschuss mit knapper Mehrheit abgelehnt worden seien.

In der Aussprache äussert Abg. Dr. v. Kries (Dnat.) gegen die preussischen Sparverordnungen verfassungsrechtliche Bedenken und erklärt: Wir können die zweite Sparverordnung weder als zweckmässig noch als Verfassungsmässig ansehen und bleiben auf unserm Standpunkt, dass die Verordnung unverzüglich aufzuheben ist.

Abg. Szillat (Soz.):

Unsere grundsätzliche Stellung zu den Notverordnungen haben wir bereits

in der ersten Lesung dargelegt. Die hier aufgetretenen Kritiker haben auch nicht so sehr das Grundsätzliche, nämlich die Erhaltung der Demokratie erörtert, sondern ihre Hauptaufgabe im Kampf gegen die preussische Regierung gesehen und der Ausnutzung der taktischen Situation hierfür. Auch haben sie hauptsächlich örtliche oder eigene Sonderinteressen vorzubringen gewusst (Sehr wahr b.d. Soz.). Der Spuk der Notverordnungen würde in Deutschland sehr schnell verschwinden, wenn sämtliche politischen Parteien sich weniger vom Agitationsbedürfnis leiten liessen als von der politischen Verantwortlichkeit, wie sie für die Entwicklung des Staates auch die Opposition zu tragen hat. (Sehr wahr! b.d. Soz.) Der Preussische Landtag sollte einmütig zum Ausdruck bringen, dass das Reich nicht nur Verständnis haben dürfe für die finanziellen Nöte Bayerns, Thüringens und anderer Länder, sondern auch für die Preussens. Das wäre ein positiver Zweck einer Notverordnungs-Debatte des Landtages. Wenn die preussische Opposition die preussische Finanzpolitik so stark angegriffen habe, so habe sie andererseits doch immer die grosse Sachlichkeit des bisherigen Finanzministers Höpker-Aschoff anerkannt, und beim neuen Finanzminister Klepper könne man aus seiner bisherigen Tätigkeit auf die gleiche Sachlichkeit schliessen. Im übrigen seien selbstverständlich auch die Sozialdemokraten keine Freunde von Notverordnungen, sobald ein arbeitsfähiges Parlament, das hoffentlich bald wieder zustande komme, eine Praxis überflüssig mache. (Beifall b.d. Soz.)

Abg. Kloft (Ztr.) hebt gegenüber dem deutschnationalen Redner hervor, dass an der Rechtsgültigkeit der preussischen Notverordnungen nicht gerüttelt werden könne. Der Staatsgerichtshof habe die Ermächtigung des Reichspräsidenten anerkannt. Damit sei die preussische Regierung verpflichtet worden, die in der Reichsnotverordnung geforderten Sparmassnahmen durchzuführen.

Abg. Sobottka (Komm.) bekämpft die Notverordnungs politik grundsätzlich.

Abg. Schwarzhaupt (DVP) wendet sich gegen die Plan- und Systemlosigkeit der preussischen Notverordnungen. Der Spareffekt sei ganz gering und wiege die schweren Rechtsbrüche nicht auf. Wenn man jetzt die Theater in Kassel, Wiesbaden und die Kunstakademien bestehen lassen wolle, so hätte man sich das früher überlegen sollen. Ganz unverständlich bleibe die Auflösung des gesamten Lehrkörpers der Elbinger Pädagogischen Akademie. Gerade für den Osten sei die Erhaltung heimatverbundener Lehrpersonen als Pioniere deutscher Kultur unerlässlich.

Abg. v. Posadowsky-Wehner (Volksrechtp.) bezeichnet die Herabsetzung des Zinssatzes durch Notverordnung als unvereinbar mit dem Buchstaben der Verfassung.

Abg. Barteld-Hannover (Staatsp.) schildert die Bedenken seiner Freunde gegen den Inhalt der Notverordnungen. Die Reichsregierung sei jedoch nur deshalb auf den Weg der Notverordnungs-Politik gedrängt, weil die Reichstagsparteien sich zu einem Teil als arbeitsunfähig erwiesen hätten.

Abg. Hestermann (W.P.) führt den Erlass von Notverordnungen auf das Versagen der Parlamente zurück. Zu kritisieren sei jedoch auch die Schwäche der Regierung, die gleichfalls an den grossen Schwierigkeiten mitschuldig sei.

Abg. Schwenk (Komm.) bezeichnet die Notverordnungs politik als verfassungswidrig; man könne sie mit dem Artikel 48 nicht rechtfertigen. Diese Regierungsmethode zeuge nicht von staatsmännischer Klugheit.

Abg. Frhr. von Wangenheim (Dt. Hann.) protestiert gegen die Notverordnungen. Die Ausführungen des Redners werden fortgesetzt durch kommunistische Zwischenrufe unterbrochen.

Es folgt die Erörterung der einzelnen Sachgebiete. Beim Abschnitt Pädagogische Akademien und sonstige Schulangelegenheiten wendet sich Abg. Oelze (Dnat.) gegen die Herabsetzung des Pensionierungsalters der Volksschullehrer. Vor Gericht würde sich diese Ausnahmebestimmung, wie die ganze Notverordnung,

als unhaltbar erweisen.

Abg. Schwarzhaupt (DVP.) erklärt, dass die konfessionelle Imparität beim Abbau der Pädagogischen Akademien auch durch die Ausschussverhandlungen nicht beseitigt worden sei. Die Deutsche Volkspartei beantrage daher Erhaltung der Akademien in Hannover.

Abg. Simon-Neusalz (Soz.) betont, dass einer der Hauptzwecke der Notverordnungen der gewesen sei, die notwendigen Mittel für die ärmsten Volksgenossen, die Erwerbslosen usw. zu erlangen und insbesondere die öffentliche Finanzwirtschaft über den schweren Winter hinüberzubringen. So sei von der Regierung zugesichert worden, dass bei späterer Wiedereröffnung von Akademien Hannover berücksichtigt werden solle. Er erbitte das Gleiche für Breslau und begrüße, dass es gelungen sei, für die aufgelösten Kunstakademien wenigstens Meisterateliers in Breslau und Königsberg zu erhalten. Die Vorwürfe der Opposition über die Verwaltungsreformen gingen fehl, weil die Obstruktion der Oppositionsparteien die grosse Verwaltungsreform immer verhindert habe.

Abg. Frhr. von Wangenheim (Dt. Hann.) verlangt die Beibehaltung der Pädagogischen Akademie in Hannover. Es geht nicht an, dass man ganz Niedersachsen von jeder Lehrerbildungsstätte entblösse.

Abg. Dr. Bohner (Dt. Staatspt.) tritt für die Idee der Pädagogischen Akademie ein, die sich nicht zuletzt auch für die Landbevölkerung segensreich auswirken werde, obwohl diese bisher mit der neuen Lehrerbildung sich nicht befreunden konnte. Ein Widerspruch liege darin, dass die Opposition die Pädagogischen Akademien als solche ablehne, trotzdem aber mit vielen Einzelwünschen aufwarte.

Abg. Dr. Boelitz (D. Vp.) beschäftigt sich mit dem Abbau an den höheren Schulen. Die Statistik der Regierung über den Abbau an Studienassessoren bringe die furchtbare Lage nicht ganz klar zum Ausdruck. Abgebaut seien in Wirklichkeit 1830 Stellen. Das Kultusministerium habe sich dem Finanzministerium gegenüber nicht durchzusetzen vermocht.

Abg. Müller-Isernhagen (Landvolk) tritt für die Interessen der Landlehrer ein.

Abg. Dr. Ausländer (Komm.) hält der Sozialdemokratie vor, dass sie durch ihre Unterstützung der Notverordnungspolitik alle kulturellen und sozialen Errungenschaften wieder beseitigen helfe.

Abg. Hestermann (W. P.) widerspricht der Meinung, als ob er sich gegen die Erhaltung der pädagogischen Akademien geäußert hätte. Nur habe die Praxis deren Unzweckmässigkeit und Kostspieligkeit erwiesen.

Nach 18 Uhr wird die Weiterberatung auf Mittwoch, 12 Uhr, vertagt.